

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 4 (1975)
Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

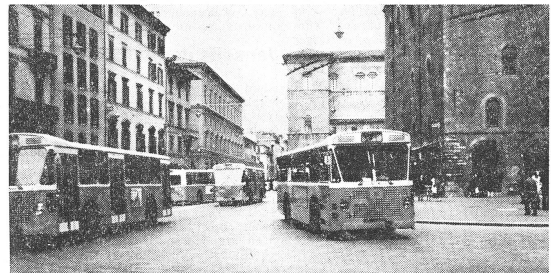
Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 38 500

Redaktion: Konrad Fisler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Abonnemente: pro Jahr Fr. 15.- (Aust. 18.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. (0)1 47 34 00

Eine alte Stadt für eine neue Gesellschaft

Bologna – eine Grossstadt unter der Kontrolle ihrer Bevölkerung

Viele Grossstädte sind vom sozialen Zerfall bedroht. Durch die fortwährende Umwandlung von Wohn- in Geschäftsraum werden die historischen Zentren zerstört und deren Bewohner in anonyme Vororte und Satellitensiedlungen verdrängt. In den Zentren, durch die sich tagsüber die Verkehrslawine wälzt und wo sich für wenige die Gewinne jagen, greift nach Geschäftsschluss eine öde Leere um sich. Diese Entwicklung, die



Priorität dem öffentlichen Verkehr: 340 000 Passagiere täglich (Foto B. Bärcher)

In Bologna wohnen heute rund 500 000 Personen, davon knapp 100 000 im historischen Zentrum (Centro storico), einem der grössten in zusammenhängender Form erhaltenen historischen Stadtkern Europas.

Rechtzeitige Kurskorrektur

In den fünfziger und den frühen sechziger Jahren, als die Wachstumsideologie allenthalben Triumphe feierte, schenken sich auch in Bologna, wo im Gegensatz zu Mailand und Turin nur wenig «grosse Industrie» ansässig war, die Politik der «Expansion um jeden Preis» langsam durchzusetzen. In den vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Teilen der Altstadt grassierte die Spekulation. Nach den Vorstellungen gewisser Kreise sollte sich Bologna in kurzer Zeit zur Millionenstadt durchmauern. Gemäss den Plänen des japanischen Architekten Kenzo Tange sollte nördlich des historischen Stadtkerns ein gigantisches neues Quartier im futuristischen Stahl-und-Beton-Stil für 100 000 Personen entstehen. Der zunehmende Widerstand der Bevölkerung gegen die sich abzeichnende Stadtentwicklung, die zwar wenigen grosse Vorteile, vielen jedoch entscheidende Nachteile mit sich zu bringen versprach, führte jedoch noch rechtzeitig zu einer radikalen Kurskorrektur. Zwei Themen stehen seit dieser Zeit im Zentrum der Politik der Bologneser Stadtverwaltung:

- Erhaltung der Stadt als Stätte des Wohnens, der Arbeit und der Begegnung;
- umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen der Stadtbewohner.

Ein Restaurierungsplan ohne Beispiel

Ein wichtiger Bestandteil dieser neuen Politik bildet die planmässige Renovation des historischen Zentrums. Dieses historische Zentrum soll mit öffentlichen Mitteln, die anderswo zum Bau von Betonquartieren in den Vorstädten verwendet werden, restauriert werden. Dabei soll sich die soziale Zusammensetzung der historischen Quartiere nicht verändern – was in anderen Städten ja meistens der Fall ist, da nach der Renovation historischer Gebäude die ehemaligen Bewohner in die Vorstädte abwandern und Luxuswohnungen oder -läden entstehen.

Nach komplizierten Voranalysen wurden im historischen Zentrum nach Massgabe der sozialen, ökonomischen und architektonischen Homogenität 13 «Comparti» gebildet. In fünf davon be-

die politischen Behörden durch die Projektierung von Expressstrassen und U-Bahnen zum Teil noch fördern, kann gestoppt werden: Währenddem zum Beispiel die «Ewige Stadt» an der sich tagtäglich einstellenden Sturmflut «Individualverkehr» zu ersticken droht und in Neapel die öffentlichen Dienstleistungen vor dem Kollaps stehen, wird in Bologna, dem Zentrum der Emilia Romagna, ein alternativer Weg beschritten.

Quartieren neu erstellten Wohnungen werden von Genossenschaften, die in der Emilia Romagna seit mehr als einem Jahrhundert eine wichtige gesellschaftliche Kraft darstellen, gebaut. Diese Genossenschaften können Baugrundstücke zu Preisen, die deutlich unter denjenigen des «freien Marktes» liegen, erwerben. Zugleich erhalten die Baugenossenschaften Kredite zu Vorzugsbedingungen.

Grünzonen, Quartierkliniken und Kindergärten

Von den auf den Hügeln im Süden der Stadt mit einem Bauverbot belegten Grünflächen ist ein Teil der Bevölkerung in Form von Parks zugänglich. Pro Stadtbewohner sind heute in Bologna knapp 8qm in öffentlichem Besitz stehende Grünfläche vorhanden; in wenigen Jahren sollen es 40 qm sein.

In 14 Quartieren bestehen Quartierpolykliniken (weitere sind teils im Bau, teils geplant). Diesen Quartierpolykliniken obliegt vor allem die medizinische Aufklärung und Versorgung der Kinder, Jugendlichen, Mütter und Betagten. Alle Leistungen sind unentgeltlich.

Grosse Anstrengungen werden auch auf dem Gebiet des Schulwesens unternommen, über dessen Zustand in vielen italienischen Städten immer wieder lamentiert wird. So besuchen heute zum Beispiel 80% der 3-5-jährigen einen Kindergarten, was versucht wird, von Grund auf demokratische Erziehungsvorstellungen zu verwirklichen.

Fortschritte trotz «leeren» Kassen

Wie die meisten italienischen Städte hat auch Bologna mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen:

97% aller Steuern werden vom Zentralstaat – also von der Verwaltung in Rom – und nur 3% von den Gemeinden direkt erhoben. Die Verwaltung in Rom verteilt einen Teil der von ihr eingezogenen Steuergelder an die Gemeinden. Da die Verwaltung in Rom jedoch mit diesen Zahlungen seit Jahren im Rückstand ist und auf lokaler Ebene viele Infrastrukturinvestitionen nicht aufgeschoben werden können, sind die Gemeinden gezwungen, bei den Banken Kredite zur Deckung ihrer Ausgaben aufzunehmen. Ein relativ hoher Teil der Steuergelder wird somit gar nicht produziert, sondern muss zur Tilgung von Zinsschulden verwendet werden. Bologna ist hier insofern im Vorteil, als die in der Emilia Romagna stark verankerten Genossenschaftsbanken den Gemeinden Kredite zu einem Zins gewähren, der deutlich unter dem Zinsansatz kommerzieller Banken liegt.

Da auf spektakuläre Prestigeobjekte verzichtet wird und keine Steuergelder in der Korruptionsschlinge des «Klientismus» verschwunden, ist es jedoch in Bologna trotz der misslichen finanziellen Situation möglich, die Lebensbedingungen der Stadtbewohner entscheidend zu verbessern. So erklärte der Bürgermeister von Bologna, Zangheri (KPI), anlässlich der Eröffnung eines neuen Quartierzentrums, bei dem Banken der anwesenden Quartierbewohner: «Wenn wir schon Geld ausgeben, das wir nicht haben, wollen wir dieses Geld wenigstens für etwas Vernünftiges ausgeben.» 40% der Aufwendungen der Stadt Bologna entfallen denn auch auf den

Niklaus Meienberg:

Strassentheater Bonn

Bonn, im Frühling, der Wahlkampf hat begonnen, fein zerstäubter Nieselregen. Eine saubere Stadt, regenwasserepuziert. Keine zugigelspiessende Wahlpropaganda wie in Paris. Plakate nur auf den amtlich für Plakate verordneten Plakatanstalten. Kein Rot auf den Plakaten, auch die Sozis werben grün. Saubere Herren im Auswärtigen Amt, graumeliert. Vortragende Legationsräte, in graumelierten Anzügen steckend, in ihren Köpfen vermutlich graumeliert denkend, leise und grau. Lautsprecherwagen der CDU bestäuben das Stadtchen mit Musik im Viervierteltempo; Marschmusik: Wähl den politischen Frühling / die CDU muss ran / wähl den politischen Frühling / vom Mai an geht's voran / mit Köppler kommt die Sicherheit / mit Köppler kommt der beste Mann. Frühling marsch, einseitig. Auf dem Marktplatz steht Beethoven, will nicht marschieren. Energisch verkrampte Kinladen. Auch ein Stand der FDP, davor ein kleiner Menschenauflauf, Gestikulieren, lautes Reden, unbewusst. Ein Dicker mit vorquellenden Augen ruft aus. Schlägt sich der Brite King Kong in Hosenträgern. Schmidt dieser Juso, der muss weg, verdammt den Kiez, Saustall usw., rotes Lumpenpack in der Regierung usw., Denkzettel mit dem Stimmzettel, ausmisten endlich usw., Landesvertreter.

Im Bonner Stadttheater wird der «Überplatz» von Gehart Hauptmann aufgeführt, aber auf dem Marktplatz ist an diesem Nachmittag das Strassentheater viel besser. Ist das spontan, oder haben die Sozialdemokraten diese paar Dorftrottel bestellt, welche die CDU-Propaganda ein wenig zuspitzen? Schöne Propaganda für die SP, man braucht die CDU-Schlagworte nur ganz leicht zu überdrehen und schon hat man ein Theater. Living Theatre, zwei leichtere Fälle aus dem Irrenhaus von Charenton, Cucu und Cocorico, Robi und Tobi. Ein kleiner Rotgesichtiger mit schiefgestelltem Mund, zunehmende

Speichebildung in den Mundwinkeln beim Wort Juso, Jägerhütchen, zappelnde Wütchen: Ich sage euch, diese Kindsmordrundabtreibungsparade, haben den Kindsmord an ihre Fahnen gehängt, ich sage euch, diese rote Brühe, die sollten mal nach Russland müssen, die dreckerten Verstaatlichter, mal zwei Jahre zum Iwan wie ich, Kindsmörder, Abtreiber, Ab-treiii-ibeeer!

Jetzt nimmt er ein CDU-Abzeichen aus dem Sack, steckt's sich an den Mantel, zappelt weiter. Ein Leiterkastenmann, einarmig, den einen Arm hat er in Russland gelassen beim Iwan, beginnt eine klagende Weise herunterzuleiern, schiebt seinen rollenden Kasten quer durch die Menge. Die Leute klatschen. Ein paar Junge sagen: Spiel jetzt den Badenwellermarsch! Einer von der FDP brintet dem kleinen Wüterich sein Megaphon. Sprich da hinein, mein Bestir, dann hören dich alle, du machst so schöne Propaganda für uns. Aber der Kleine will nicht, spricht mit seiner Naturstimme weiter. Ein mongoloider Zuschauer klatscht. Was der Zappeler sagt, ist kaum verschieden von den Sprüchen auf CDU-Plakaten. Er meint es nur ehrlicher als die Plakate. Sicherheit, die CDU muss ran, Köppler bringt Sicherheit, sicher, auf Nummer sicher, versichern, sicherlich, totsicher, gesichert, absichern, eingesichert, zugesichert, durchsichern, zersichern. Er glaubt an die Sicherheit und an die Bedrohung der Sicherheit durch die Sozis, es ist ihm todestern. Was oben als Wahlspruch ersonnen wird von gepflegten Strategen, die selbst nicht glauben, was sie sagen, das kommt unten als zappelnde Wut wieder heraus, bei einem Teil des gläubigen Volks.

Hier sehen Sie, mutter, Herrschaften, auf dem Marktplatz zu Bonn den ewigen Spiesser, scharf geladen durch die Rhetorik von oben, entschickt durch das Geschnorr über Sicherheit, wild um sich schneidend wie eine verurteilte Pistole: vorläufig noch mit Wörtern.

Bereich «Soziales». Dies ist mehr als dreimal soviel wie in anderen italienischen Grossstädten.

Welches sind die politischen Grundlagen des Bologneser Experiments?

Linke Mehrheit

Während des Zweiten Weltkriegs war Bologna eines der wichtigsten Zentren des antifaschistischen Widerstands in Italien. Dieser Widerstand, der in der Emilia Romagna massgeblich von der Linken geführt wurde, trug zum Teil stark antifaschistische Züge – dies aus der Überzeugung, dass ein endgültiger Sieg über den Faschismus nur möglich ist, wenn auch dessen ökonomische und politische Wurzeln zerstört, die Gesellschaft durchwegs demokratisch organisiert ist. Bei den ersten Wahlen nach dem Krieg errangen die antifaschistischen Kräfte die parlamentarische Mehrheit – eine Mehrheit, die bei allen nachfolgenden Wahlen bestätigt wurde.

Zusammensetzung des Stadtparlaments von Bologna (Amtsperiode 1971–1975)

Kommunistische Partei (PCI)	28 Sitze
Partei der Proletarischen Einheit (PUL-Manifesto)	1 Sitz
Sozialistische Partei Italiens (PSI)	4 Sitze
Christdemokratische Partei (DC)	14 Sitze
Sozialdemokratische Partei (PSU)	6 Sitze
Republikanische Partei (PRI)	1 Sitz
Liberaler Partei (PLI)	4 Sitze
Movimento Sociale Italiano (MSI – neofaschistische Partei)	2 Sitze
	60 Sitze

Der Stadtrat (Exekutive) wird seither gemeinsam von den Kommunisten und den Sozialisten gestellt. Ohne diese linke Mehrheit wäre es Ende der sechziger Jahre wohl kaum möglich gewesen, die zu einseitig auf Wachstum ausgelegte Politik zu stoppen und eine alternative Entwicklung einzuleiten.

Der «Resistenz»-Gedanke, in Bologna auch heute noch ungemein lebendig, und das Bewusstsein, dass der

antifaschistische Widerstand von damals heute seine Fortsetzung im Kampf gegen die Neofaschisten und ihre Hintermänner findet, ist eine tragende politische Kraft. So protestierten Mitte August letzten Jahres, als im «Italicus»-Express eine halbe Stunde vor Bologna eine von Neofaschisten gelegte Bombe mehr als zehn Menschenleben gefordert hatte, im Zentrum Bolognas 100 000 Stadtbewohner gegen den neofaschistischen Terror.

Aktive Quartiererräte

In allen 18 Stadtteilen («quartieri») bestehen Quartiererräte («consigli di quartiere»), deren Mitglieder (je 20 vom Stadtparlament ernannt werden (die direkte Volkswahl der Mitglieder der Quartiererräte soll in einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden). Die Quartiererräte, die mit einem Delegierten beim Bürgermeister vertreten sind, verwalten die Gemeinschaftseinrichtungen des Quartiers (Polykliniken, Schulen usw.) und diskutieren die von der Stadtverwaltung ausgearbeiteten Projekte, Richtlinien und Budgets, was dazu führt, dass die Stadtverwaltung ihre Vorlagen schon vor der Behandlung in der städtischen Legislative oft grundsätzlich überarbeiten muss. Diese «dezentralisierte» politische Struktur gibt dem einzelnen Stadtbewohner die Möglichkeit, sich am Prozess der Entscheidungsfindung zu beteiligen, die Ausführung der Beschlüsse aktiv zu überwachen und die Arbeit der Verwaltung zu kontrollieren.

Bologna: Nachahmung erwünscht

Die systematische Demokratisierung und Öffnung des Entscheidungsprozesses, «Dezentralisierung» als Mittel des Kampfes gegen die Zerstörung der Stadt und für die Verbesserung der Lebensbedingungen, ist kaum ohne linke Mehrheit in der städtischen Legislative und Exekutive zu verwirklichen. Andererseits ist eine fortschrittliche, an den Bedürfnissen der grossen Mehrheit der Stadtbewohner orientierte Politik längerfristig nur möglich, wenn sich die Bevölkerung aktiv an der Formulierung dieser Politik beteiligt. Dies gilt nota bene nicht nur für Bologna, sondern auch für Schweizer Städte.

Rolf Nef

An unsere Gratisleser*

Sinkende Inserate-Einnahmen und steigende Druckkosten zwingen uns immer mehr, den Umfang unserer Zeitung zu reduzieren. Wertvolle Beiträge und Informationen gehen so leider verloren, weil uns ganz einfach das Geld fehlt. Wer «das Konzept» als eine notwendige Ergänzung zum etwas einfarbigen Pressewald schätzt und nicht bloss als eine Art von Umweltverschmutzung, der bzw. die möge sich doch aufrufen, den schweren Gang zur Post oder zum Checkheft tun und seinen persönlichen Beitrag zur Förderung der (kritischen) Presse leisten.

Postcheckkonto 80-37626, «das Konzept», Zürich

Oder noch besser: man bestelle gleich ein Abonnement (Talon auf Seite 8), dann kommt «das Konzept» regelmässig ins Haus und man braucht sich nicht mehr zu bücken. 100 zusätzliche Abonnenten oder Spender in ähnlicher Grössenordnung erlauben uns, um eine Seite vielseitiger zu werden!

* betrifft vor allem die Angehörigen der von uns belieferten Hochschulen, Techniken und anderen Schulen.





In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das konzept» neuerschlossene Bücher für seine Leser.

Alle Macht den Räten?

Lorenz Tschudi, *Räteökonomie und Marxismus*, edition etehera (Basel) 1973, zu beziehen über «Buch 2000», 8910 Affoltern.

Vor mehr als fünfzig Jahren forderten revolutionäre Arbeiter in Russland die Einführung der Räteökonomie. Auch nach dem Bolschewiki dominierte die Macht gewaltig entmenschten, verstümmten das Leben sowjetischer Arbeiter nach Räten in Wirtschaft und Politik nicht. Je mehr sich das sozialistische System in der Sowjetunion bürokratisierte, desto lauter wurde die Forderung nach Räteökonomie. Nach dem Ersten Weltkrieg artikulierten auch die deutschen Arbeiter die Parole «Alle Macht den Räten». Überall entstanden in der jungen, deutschen Demokratie Arbeiterräte in den Fabriken und Betrieben. Räte entstanden auch in Spanien, bevor das faschistische Regime Francos die Macht ergriff. Nach dem Zweiten Weltkrieg bedurfte es erst der Studentenunruhen Ende der sechziger Jahre, bis die Idee der Räteökonomie eine Renaissance erlebte. In Berlin, London, Rom und am mächtigsten in Paris zur Zeit der Mai-Ereignisse erscholl nun wieder der Ruf «Alle Macht den Räten». Seit der Idee der Räteökonomie in der Diskussion geblieben, wie nicht zuletzt die Auseinandersetzung um die Unfreiheiten LIP in Besançon zeigte.

Was bedeutet nun eigentlich das magische Wort der Räteökonomie? Woher kommt diese Forderung? Was wollen und sollen die Räte? Diesen Fragen ist der Basler Sozialwissenschaftler Lorenz Tschudi in seiner bedeutsamen Untersuchung «Räteökonomie und Marxismus» nachgegangen. Aus dieser ebenso präzisen wie brillanten Arbeit Tschudis geht hervor, dass Räteökonomie eine herrschaftsfreie Gesellschaft beinhaltet, in der alle Menschen Arbeit, Alltag und Politik autonom bestimmen können. Räteökonomie zielt auf «die Selbstverwirklichung des Menschen, die Entfaltung seiner Persönlichkeit in allen Sphären des Lebens, die freie Entwicklung aller seiner Fähigkeiten, körperlicher, psychischer und geistiger».

Auf allen Ebenen der Gesellschaft sollen sich die Menschen zusammenschliessen und in freien Gruppierungen über ihr Leben entscheiden. Tschudi schreibt dazu: «Ein Regieren über Personen wird es danach nicht mehr geben, da die ganze nunmehr arbeitende Menschheit, das heisst jeder einzelne mit gleichen Rechten und Pflichten in der demokratischen Weise auf der Basis des Gemeineigentums an der Räteverwaltung und Administration und Gestaltung des technischen Produktionsprozesses teilnehmen soll.» Nach Tschudis wichtiger Untersuchung, die bisher niemand auch nur ansatzweise geleistet hätte, ist es möglich, die Theorie der Räteökonomie an der Praxis der Sowjetunion, Ungarns, der CSSR u. a. zu messen.

Ein neues Lied...

«Lyrik und Musik» – Heinrich Heine: Ein neues Lied. Zylogoge SLP-30-567. Erhältlich in den Schallplatten- und in der Zentralstelle der Studentenschaft.

Unlängst erschien auf dem Schweizer Plattenmarkt eine neue Langspielplatte, die in der Presse wie in den Massenmedien eine grosse Beachtung fand – ungefähr dieselbe Beachtung, welche die drei Lyrikervorträge bei ihren Auftritten in der ganzen Schweiz begleitete, unter anderem auch dreimal an der Uni Zürich; zuletzt mit ihrem neuen Programm «Villon + Preyer». Im Herbst wird dieses Programm ausschliesslich am Schweizer Fernsehen zu sehen sein. Mit

Die sozialen Kosten der Industrialisierung Mexikos

Am «Wirtschaftswunder» vorbei

Seit 1940 hat Mexiko eine forcierte industrielle Entwicklung erlebt; die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts betrug für die Jahre 1950–1970 rund 7 Prozent. Mexiko ist in diesem Sinne ein Wirtschaftswunderland. Auf die Kehrseite dieses vordergründigen Fortschritts hat Professor Rodolfo Stavenhagen vom Colegio de Mexico in einem grundsätzlichen Referat in St. Gallen aufmerksam gemacht.

Die mexikanische Entwicklungsstrategie, die bisher auf eine Problemlösung durch Industrialisierung setzte, muss angesichts der heute immer schärfer auftretenden strukturellen Probleme als gescheitert bezeichnet werden: Die ausgeglichene Entwicklung (desarrollo estabilizador) entpuppt sich als destabilisierend.

Mexiko geht einer Agrarkrise entgegen. War von 1950 bis 1965 die landwirtschaftliche Produktion noch etwas stärker angewachsen (4,4%) als die Bevölkerung (3,6%), so hat sich diese Vorsprung der Produktion seither verringert. Heute muss zum Beispiel Mais wieder importiert werden. Und dies, obwohl rund die Hälfte aller Arbeitskräfte im Agrarsektor beschäftigt ist. Zwar hat die «Grosse Landreform» von 1920 und 1940 die traditionelle feudale Agrarstruktur beseitigt, aber trotzdem derart grosse Unterschiede im Bodeneigentum bestehen lassen, dass heute durch eine extreme Konzentration von Grund und Boden, aber vor allem der weiteren Produktivkräfte, wie Bewässerung, mechanische Erntegeräte, Dünger, Kredite etc.

• 3,3% der Besitztümer an Land 54% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion erzeugen, umgekehrt aber • 84,0% des Besitztüms an Land nur 21% der Agrarproduktion herstellen. Es ist eine neue Agrarklasse entstanden, die unter dem Einsatz modernster Mittel nach kapitalistischem Gesichtspunkt produziert. Sogar mehr produziert – allerdings nicht für die armen Bauern auf dem Land, sondern für die kaufkräftigen städtischen Schichten. Resultat: Nach offiziellen Statistiken sind 70% der Landbevölkerung unterernährt! Sie haben weder genügend Arbeitsmöglichkeiten noch genügend Kaufkraft. Sie werden vom Produk-

tions- und Konsumtionsprozess abgelöst, marginalisiert.

Aus dieser Schicht der ländlichen Marginalen entsteht ein unheimlicher Zulauf zu den Städten. Bei den mit dem Städtewachstum zusammenhängenden Fragen stösst man auf ein weiteres Hauptproblem des modernen Mexiko. Betrug der Anteil der städtischen Be-

Mexiko ist das drittgrößte Land in Lateinamerika für die schweizerischen Investoren (nach Brasilien und Argentinien).

Die schweizerischen Privatinvestitionen in Mexiko beliefen sich 1975 schätzungsweise auf über eine halbe Milliarde Franken.

Hauptsächliche schweizerische Investoren sind Nestlé (9 Fabriken), Ciba-Geigy (4 Fabriken), Hoffmann-La Roche, Sandoz, BBC, Holderbank.

Die drei grössten schweizerischen Banken (SBG, SBV, SKA) unterhalten Vertretungen in Mexiko.

völkerung 1940 noch rund 20%, so ist er heute auf über 45% angestiegen. Die moderne Industrie – allen voran die Investitionen durch multinational tätige ausländische Konzerne – ist wegen der hohen Kapital- oder Technikintensität nicht in der Lage, genügend Arbeitsplätze zu schaffen. Trübt ist sie wegen der fehlenden Kaufkraft der armen Massen nicht auf die Bedürfnisse ebensicher Massen ausgerichtet. Die Marginalen vom Land bleiben in der Stadt mehrheitlich ebenfalls marginalisiert: ohne Arbeit, ohne regelmässiges Einkommen, ohne Kaufkraft, ohne Konten. Die riesigen Elendsviertel (cinturon de miseria) sprechen ihre eigene Sprache.

Die beschleunigte Industrialisierung hat die strukturellen Gegensätze in Mexiko nicht abgebaut und überwunden, sondern im Gegenteil verschärft. Industrialisierung hat nicht automatisch Fortschritt für alle gebracht. Industrialisierung hat vielmehr die Unterentwicklung in Mexiko akzentuiert. Rund 30% der Bevölkerung (Mittel- und Grossbauern, städtischer Mittelstand, industrielle Proletariat (!), industrielle mexikanische und internationale Bourgeoisie) profitieren von der «Entwicklung», an rund 70% der mexikanischen Bevölkerung (ländliche und städtische Marginalen, landlose Landarbeiter, Kleinbauern) ist das «Wirtschaftswunder» im wesentlichen vorbeigegangen.

Diese Entwicklung in Mexiko – wie auch in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas – widerspricht nicht nur den westlich-kapitalistischen Modernisierungsidealen, sondern auch dem orthodoxen marxistischen Entwicklungsmodell. In beiden Fällen wird nämlich angenommen, dass der Überschuss an Arbeitskräften aus dem Agrarsektor von der Industrie absorbiert werde, dass im ersten Fall der mexikanische Mittelstand, im zweiten Fall ein revolutionäres Industrieproletariat entstehe. Dies ist bis heute im hochindustrialisierten Mexiko aber gerade nicht der Fall. Es gibt keine Masse von Industriearbeitern, die sich gegen das herrschende System auflehnen, sondern nur die schmale Schicht der mexikanischen Industriearbeiterschaft, die soziologisch dem privilegierten und angepassten Teil der Bevölkerung zuzurechnen ist.

Nach Stavenhagen besteht ein revolutionäres Potential in Mexiko am ehesten unter den Kleinbauern, und – wenn die Organisations- und Mobilisierungsprobleme überwindbar wären – bei den landlosen Arbeitern sowie bei den städtischen und ländlichen Marginalen. Allerdings macht sich Stavenhagen keine Illusionen darüber, dass «der grosse Bruder im Norden» eine radikale sozialrevolutionäre Veränderung zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung in Mexiko ohne weiteres zulassen würde...

Göpf Berweger

das konzept Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugestellt werden.

Ndabaningi Sithole

Am Sonntag, dem 15. Juni 1975, um 19 Uhr wird Sithole, der Führer der Zanu (Zimbabwe African National Union), aus erster Hand über «Rhodesien», die Rassenpolitik und die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe (so heisst Rhodesien eigentlich) berichten. Der Ort: Kaulfeuten-Theatersaal, Pelikanstr. 18 (Nahe Paradeplatz), Zürich.

Namibia

Wer sich über die Entwicklung der Bekämpfung des Rassismus in Namibia gegenwärtig auf dem laufenden halten möchte, dem können die sechs mal jährlich in englischer Sprache erscheinenden «namibia news» empfohlen werden. Die Zeitschrift kann bestellt werden bei der «South West Africa People's Organisation» von Namibia, 21/25 Tabernacle Street, London EC 2, England.

Information über die 3. Welt

Die «Blätter des Informationszentrums 3. Welt» wollen über den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und Elend in der 3. Welt informieren und berichten von Theorie und Praxis der Widerstandsbewegungen und über 3.-Welt-Arbeit in der BRD. Das Abonnement (10 Nummern pro Jahr) kostet 25 DM (Studenten etc. 18 DM) und kann bestellt werden bei: iz3w, D-78 Freiburg, Postfach 5328. Das Heft von März/April 75 enthält nebst zahlreichen Kurzinformationen und Hinweisen Artikel über Vietnam, Rhodesien, Südafrika, die ehemaligen portugiesischen Kolonien, Peru und die Welt-ernährungskonferenz.

Jenseits der Akropolis

Die Informationsstelle des SSR hat einen *Alternativ-Griechenland-Führer* herausgegeben: Angesichts der Fülle von Literatur über das klassische und das «typisch touristische» Griechenland konzentriert sich der SSR-Führer auf die gegenwärtige Alltagswirklichkeit und auf jene gesellschaftlichen Ereignisse, die auf die heutigen Verhältnisse einen unmittelbaren Einfluss haben. Es ist die Rede von der griechischen Bevölkerung, ihrem Bewusstsein, ihrer Lebensart, ihren Freuden und Leiden, den gesellschaftlichen Verhältnissen. Und der Neugierige wird auf Orte hingewiesen, die abseits der grossen Touristenströme liegen. Erhältlich gegen ein frankiertes und adressiertes Antwortcouvert (Format C6/5) und 2 Fr. in Briefmarken beim SSR, Abt. Travel Aids, Postfach 3244, 8023 Zürich.

Atomenergie

Wer sich über die Funktionsweise eines Atomkraftwerks und die mit dem Betrieb solcher Werke verbundenen Gefahren genau informieren will und sich auch für die verschiedenen Argumente interessiert, die gegen die Atomenergie sprechen, wird in der Broschüre «Atomenergie – eine kritische Darstellung» fundierte Angaben von suchkundiger Seite finden. Die Broschüre kann gegen 2 Fr. in Briefmarken bestellt werden bei der AGU, Postfach 2111, 8028 Zürich.

Palästina

Ein Buch über die Zukunft Palästinas ist im Basler Kleinverlag «edition etehera» erschienen: Bassem Shiran, «Die Generation der Befreiung». Was wird sich im Nahen Osten ändern, wenn die junge Generation die alte ablöst? Das Buch kostet 11.80 Fr. und kann beim Verlag bezogen werden. Postfach 452, 4000 Basel, oder über «Buch 2000», 8910 Affoltern.

das konzept

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 38 500.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 061 47 75 30, Postschleichenbox 80-37626.

Redaktion: Konrad Fidler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Neff, Beat Schweingruber.

Artikel gehen jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Moser-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 01 47 34 00, Telex 55 235 1-sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 7: 13.6.75
Inseratenschluss Nr. 7: 20.6.75

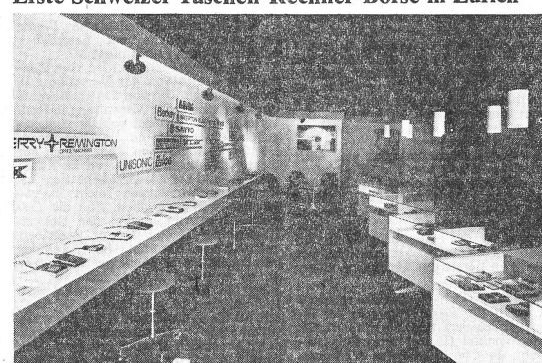
Spots

Die schwierige Frage, was denn ein Zürcher oder Berner Student machen, wenn er aus politischen Gründen von der Universität geschmissen wird, hat sich glücklicherweise bestens gelöst: Er geht ganz einfach zur Polizei – das ist der sicherste Weg, zurück in die Universität zu kommen!

McGraw-Hill, einer der grössten Verlage in den USA, hat seinen 8000 Autoren und dem Personal ab sofort alle die Frauen diskriminierenden Ausdrücke verboten, wie etwa: «das schwache Geschlecht», «eine kleine, hübsche, zerbrechliche Blume», «ein altes frustriertes Mädchen». Es ist nicht mehr erlaubt zu unterstellen, «dass alle Frauen einen Mutterinstinkt haben» oder «dass das Familienleben zerstört ist, weil die Frau arbeiten geht». «Man muss zeigen, wie der Mann das Essen zubereitet, die Wäsche besorgt, das Kleinkind wickelt, während die Frau ein Büchergestell aufbaut oder den Abfallimer vor Haus stellt.»

Die FBB (Frauenbefreiungsbewegung) in Zürich hat den Preis einer Hausfrau

Erste Schweizer Taschen-Rechner-Börse in Zürich



Ende vergangenen Jahres eröffnete die Büroorganisationenfirma René Faigle AG im Lochergut an der Badenerstrasse in Zürich die erste Taschen-Rechner-Börse der Schweiz. Der Zweck dieser Börse besteht darin, dem Kunden eine wirklich umfassende Auswahl an elektronischen Kleinrechnern zu Tagespreisen anzubieten und ihn fachmännisch zu beraten. Die sehr grosse Auswahl wird jederzeit auf dem neuesten Stand gehalten, und zwar sowohl im Hinblick auf die Modelle als auch in bezug auf die Preise. Das Sortiment umfasst Geräte vom allereinfachsten 4-Operationen-Haushaltsrechner bis zum technisch-wissenschaftlichen

Hochleistungsgerät.

Das Angebot an Elektronenrechnern ist verwirrend gross geworden und für den Laien ist es praktisch nicht mehr möglich, es zu überblicken. Die Faigle-TER-Börse im Lochergut bietet den Interessenten eine wertvolle Dienstleistung: Jedermann kann in der TER-Börse den für seine Zwecke am besten geeigneten Taschenrechner zum günstigsten Tagespreis erhalten. Dies ist um so wichtiger, als der Abnehmerkreis für Taschenrechner sehr breit geworden ist. Er umfasst ausser Geschäftsleuten und Technikern auch immer mehr Privatpersonen, Schüler und Studenten.

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Ausschneiden und in der 1. RS-Woche abschicken!

(«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich)

Wer in den 17 Wochen des grossen Schreckens nicht auf geistige Aufrüstung verzichten will, kann sich «das konzept» auch ins Militär schicken lassen. Während der Sommer-RS erscheinen die Nummern von September und Oktober, bei RS-Beginn am 21. Juli auch noch die vom November. (Die Juli-Nr. erscheint Anfang Juli.)

(Zutr. Felder ankreuzen)

☐ Ich bin Nicht-Abonnent und möchte die Nummern von ☐ Juli ☐ September ☐ Oktober ☐ November erhalten. Pro Nr. lege ich 1.50 Fr. in Briefmarken bei.

☐ Ich bin Abonnent und möchte vom ☐ bis ☐ die Zeitung in die RS umgeleitet haben. Für die administrativen Unkosten lege ich 2.50 Fr. in Briefmarken bei.

Meine Militäradresse (deutlich schreiben):

Wer keine Nummer verpassen will, abonniert «das konzept». Pro Jahr 15 Fr. (Schüler und Lehrlinge 10 Fr.).

Ivan Illich über die Entwicklung zu zweckwidriger Technik

Wenn Medizin krank macht

«Seit man mich 1960 von der Universität fortgejagt hat, hatte ich keinen Zugang mehr zu einer Maison de tolerance, Entschuldigung: Maison éducative. Ich bin seither so etwas wie ein unabhängiger Calligraf.» Ivan Illich, der so über sich spricht, wurde 1926 in Wien geboren und studierte Theologie und Philosophie. Einst päpstlicher Hausprälat und Rektor der Universität von Puerto Rico, verunsicherte er vor einigen Jahren Linke wie Rechte mit seiner provokativen Aufforderung: «Schafft die Schulen ab!» Seither lässt er dann und wann einen neuen Buchschob erscheinen; seit 1960 leitet er im mexikanischen Cuernavaca das «Interkulturelle Dokumentationszentrum», wo Forschungsseminare zu institutionellen Alternativen einer technologi-

schon Gesellschaft durchgeführt werden. Von den einen wird er als professioneller Publikumsbeschaffer, als «Hirt im Wolfspelz» verschrien, von anderen wiederum als neuer Lehpapst begrüßt, dessen Kritik am Kapitalismus in ihrer Radikalität nur mit Marx vergleichbar sei. Die Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Hochschulen (AGU) in Zürich lud Illich ein zur Eröffnung ihrer Ausstellung «Umdenken – umschwenken, Alternativen – Wegweiser aus der grossstechnologischen Zivilisation?». Wir möchten unseren Lesern Illichs Referat zum Thema «Spezifische Kontraproduktivität» nicht vorenthalten und veröffentlichen es auszugewählte. Auszeichnungen und Titel stammen von uns.

Redaktion «das konzept»

Ganz allmählich, beinahe unbemerkt, sind unsere wichtigsten Institutionen in einen kontraproduktiven Zustand hineingerutscht. Der Transport in immer schnelleren Fahrzeugen verzehrt laufend mehr Zeit. Erziehung dressiert zur Denkfähigkeit; die Medien ertränken echte Information im Lärm, und die Medizin hat sich in eine buchstäblich krankmachende Unternehmung verwandelt. In allen diesen Fällen bewirkt nun die betreffende Institution genau das Gegenteil dessen, wofür wir vorgeben, sie zu unterhalten.

Beim Transport wachsen die Nachteile – wie das Anwachsen der Distanzen, die Überfüllung des Terminkalenders, das Geheitzsein und die Abwesenheit von zu Hause – viel rascher als die Vorteile wie zum Beispiel die Erleichterung des gegenseitigen Zugangs. Die Erziehung trichtert Antworten ein auf Instruktionen, anstatt Zuständigkeit zu pflegen und den Mut zum Lernen zu fördern. Die Medizin begünstigt Abhängigkeit, Angst, Schmerz und Krankheit bei viel mehr Leuten, als sie aus der Therapie (als gesund) entlassen kann.

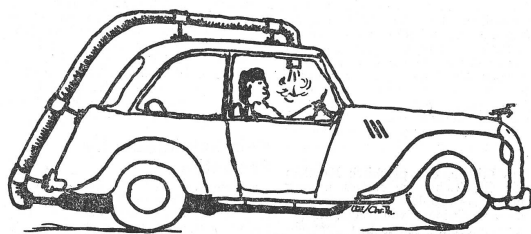
Sind Sie sind auf keine Weise gerecht auszugleichen. So kann man beispielsweise kein Flugzeug benutzen, ohne Rohstoffe zu vergeuden und die Atmosphäre zu verschmutzen, man kann nicht über das Fernsehen sprechen ohne die verborgene, aber implizite Mitteilung, dass die eigene Meinung millionenfach wichtiger sei als diejenige des Zuschauers, der keinen Zugang zum Studio hat.

Diese Art von Schäden kann nur vermieden werden, indem aufgeräumt wird mit zu schneller Fortbewegung, mit der Invasion von marktschreierischen Sprachrohren und mit anderen Produkten, die aufgrund ihrer eigenen Natur nicht wiedergutzumachende Erschöpfungserscheinungen, Entwertung der Umwelt, Ungleichheiten unter den Menschen und Entfremdung erzeugen. (...)

Aber weder die ersetzbar noch die

medizinische Betreuung zusammen das Gesundheitsniveau; die Lerngelegenheiten im Alltag und der Zugang zu Bildungsmitteln bestimmen den Wissensstand einer Gesellschaft.

Beide Produktionsweisen bedürfen gegensätzlicher Natur. Bei der autonomen Produktionsweise geht die Institutionalisierung nur so weit, dass die Gesellschaft Verhaltensmuster fördert, anhand deren die Leute ihre Bedürfnisse wie Gehen, Lernen, Wohnen und Heilsamen durch selbstbestimmte Nutzverfügen befriedigen. Für die fremdbestimmte Produktionsweise stellt die Gesellschaft Institutionen zur Verfügung: Transportmittel, Schulen, Spitäler. Selbstbestimmte Herstellung von Gebrauchswerten und fremdbestimmte Bereitstellung von standardisierten Waren konkurrieren miteinander auf jedem Sektor der Ökonomie.



«Internalisierung externer Kosten»

Verschleierung der Kontraproduktivität

Das kontraproduktive Verhalten aller dieser Institutionen wird verschleiert, indem es mit den steigenden sozialen Kosten und den nicht wiedergutzumachenden sozialen Schäden vermengt wird. (...)

Kosten sind Lasten, die entweder verrechnet werden, indem der Produzent in das Portemonnaie des Verbrauchers greift, oder indem er sie der gesamten Gesellschaft aufbürdet. Die Ausbeutung der Produktivkräfte zusammen mit den häufig versteckten sozialen Kosten ergeben den wirklichen Preis einer Ware, ob es sich nun um ein Gut oder eine Dienstleistung handelt.

Die Kosten eines *Autopassagierkilometers* mögen als Beispiel dienen: Bau und Unterhalt von Strassen sind direkte Kosten, die ein Pendler bezahlt. Die Unfallversicherung und die Steuern für die Verkehrsbehörde werden indirekt ebenfalls vom Passagier getragen. Der Fahrer muss jedoch normalerweise nicht aufkommen für die Behandlung der Krebse, welche bei denjenigen Leuten entstehen, die seine Abgase schlucken. Dabei entstehen – in der Sprache des Ökonomen – die *externen Kosten*. Müsstens die Passagiere entweder die Reinigung ihrer Abgase bezahlen oder für die Pflege der durch den Verkehr geschaffenen Krebse aufkommen, dann wären die externen Kosten in die Produktionskosten einverleibt.

Wirkliche Kosten versteckt

Die meisten Spitzenqualitätsprodukte, mit denen sich unsere Gesellschaft brüstet, wie zum Beispiel Schnellverkehr, komplexer Gesundheitsdienst, spezialisierte Ausbildung und moderne Gefängnisse, verstecken den grössten Teil ihrer wirklichen Kosten. Sie halten diese dem Konto der externen Kosten auf, die dann durch die Steuern auch von Leuten bezahlt werden, die die entsprechenden Leistungen gar nicht brauchen. Würden mehr externe Kosten in die Preise einverleibt, so wären nicht nur Flüchtlinge und Universitäten, sondern auch die meisten Industrien zu teuer, um funktionieren zu können. Sie könnten sicherlich nicht mehr im heutigen Umfang betrieben werden. (...) Aber solange die externen Kosten entweder unter den Teppich gekehrt oder den Machtlosen aufgebahrt werden, können die privilegierten Minderheiten, welche von Jets, Laboratorien und Gefängnissen profitieren, weiterfahren, die hintergangene Mehrheit der Bevölkerung, die die sozialen Kosten trägt, auszubeuten.

Andere externe Kosten können nicht in die Produktionskosten eingeschoben werden, da sie auf Schäden zurückgehen, die nicht in Geldheiten fassbar

irreparablen Kosten machen die spezifische Kontraproduktivität aus, auf die es mir hier ankommt. Diese Kontraproduktivität ist eine dritte Form der unerwünschten Nebenwirkungen. Im Gegensatz zu den Kosten kann aber diese nicht anders aufgehoben werden. Definitionsgemäss bleibt die Kontraproduktivität an diejenige Situation gebunden, die sie erzeugt. Kontraproduktivität ist jene spezifische paradoxe Nebenwirkung eines Instruments, welche zur Folge hat, dass die Gesellschaft sich immer weiter von den Zielen entfernt, für die das Instrument entwickelt worden ist.

Der Mächtige im Vorteil

Wie alle sozialen Kosten und Verluste trifft auch Kontraproduktivität alle Teile einer Gesellschaft – allerdings in unterschiedlichem Masse! Auch der Industriekonstruktor wird immer mehr Studien über immer mehr Passagierkilometer gejagt und durch mehr Abgase vergiftet. Aber der Mächtige – ob er nun reich oder rot sei – vermag für sich selbst gleichzeitig auch eine teuere Verteidigung sicherzustellen. Privilegien schützen nicht nur vor Externalitäten wie Umweltschutz, sondern auch vor den paradoxen Produkten der zivilisatorischen Verstopfung von Strassen, Tele-

«Jede Partei, die sich als Begrenzungspartei darstellt, ist im Dienst von Herrn Peccati (Club of Rome, Red.) oder seinen Wissenschaftlern, wenn Forrester, seinen Theologen, wenn Sie wollen, oder den Ökonomen, die mit ihm konvergieren. Uns kommt es darauf an, klarzustellen, dass wir keine ökonomische Partei brauchen, dass wir nicht einmal Studenten der ETH brauchen, um eine alternative moderne Technik zu entwickeln. Denn das meiste von dem, was wir brauchen, um unsere persönliche Schaffenskraft um einen Faktor 10 oder 12 zu vermehren, haben wir schon!» (Ivan Illich in der sich dem Referat anschliessenden Diskussion.)

fonzentralen und Post. Die Privilegierten werden durch schlechte Medizin weniger krank gemacht und schmachten weniger in Autoschlängen. Dieser relative Vorteil ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass das Werkzeug als Mittel zu einem spezifischen Sozialzweck kontraproduktiv geworden ist.

Wie kann ein Werkzeug überhaupt soweit kommen, seinen eigenen Zweck zu zerstören? (...) Zwei gegensätzliche und klar umrissene Ansätze spielen in jeder sozialen Leistung zusammen: die *selbstbestimmte (autonome)* und die *fremdbestimmte (heteronome)* Produktionsweise. Autonomes Gehen und heteronomes «Befordertwerden» ergeben zusammen den Verkehr, Lebensstil und

Füsse und Motoren

Wie wirkungsvoll nun eine Gesellschaft Lernen, Verkehr, Wohnen oder Gesundheit hervorbringen kann, hängt davon ab, in welchem Masse die fremdbestimmte Produktionsweise in die selbstbestimmte Produktion von Nutzverfügen eingreift. Auf selbst- und fremdbestimmte Art und Weise erzielte Resultate lassen sich nicht auf derselben Wertskala messen. Sie lassen sich nicht zu einem sinnvollen Total summieren, da ja ausgerechnet die selbst erzeugten Gebrauchsgüter nicht erfasst werden. Aber diese Tatsache, dass Gehen und Beförderung nicht auf den gleichen ökonomischen Nenner gebracht werden können, schliesst nicht aus, dass das Zusammenwirken beider nicht den Verkehr als solchen schafft. Verkehr ist das Resultat dessen, was Füsse und Motoren tun. Das Verhältnis zwischen dem Aufwand der beiden Bereiche bestimmt, ob dieses Zusammenwirken das technische Ziel der Industrie der Gesellschaft näherbringt oder aber ob genau das Gegenteil passiert, die Industrielproduktion also paradoxerweise gerade jenes Gut zerstört, auf das hin der entsprechende Industriezweig technisch ausgerichtet war.

So können Motorfahrzeuge beispielsweise nur bis zu einem gewissen Punkt Füsse und den Fahrtrakt ergänzen und sondern die Freizügigkeit im gegenseitigen Zugang erhöhen. Jenseits dieses kritischen Punktes wird das Beisammensein gerade durch das Verkehrsvolumen verhindert. Gezielter Unterricht kann nur innerhalb bestimmter Grenzen das sendende Lernen fördern. Dann kommt der Moment, wo diese Grenzen überschritten sind und ein weiteres Abwachen der Schulung Neugier, Interesse und Lernfähigkeit lähmt. (...)

Von der Autonomie zur Industrie

Grund für diese auf den ersten Blick paradoxe Situation ist eine negative Kopplung der beiden Produktionsweisen, die immer dann einsetzt, wenn die Industrie die Autonomie überwältigt. Zwei Stufen führen von zweckdienlicher zu zweckwidriger Technik. Erst untergräbt die Industrialisierung den Nutzwert autonomen Schaffens: verpflichtende Entfernungen wachsen über den Bereich der Muskelkraft hinaus, Industrien werden zu bequem, um in ihnen leben zu können, wenn man schwanger, krank, verkrüppelt oder gar am Sterben ist. Man wird so süchtig auf Belehrtwerden, dass man geführt sein will, um Kinder zu zeugen oder zu säugen. Die Umwelt wird der Produktion fremdbestimmter Waren zuliebe verunstaltet, sich (Verkehr), psychisch (in einer überzarten Gesellschaft) und sozial (in

Ivan Illich ist in kurzer Zeit zu einem Phänomen geworden, das niemand mehr ignorieren kann. Erzieher, Mediziner, Ingenieure, Technologen, Politiker der Linken und der Rechten sind gleichermaßen herausgefordert. Das jaszinierende und irritierende an Illichs Kritik der technologisch entwickelten Gesellschaft ist seine völlig unorthodoxe Analyse, die sich mit keiner der bisherigen analytischen Kategorien vergleichen lässt. Seine gedankliche Radikalität und methodische Originalität verunsichert die Technokraten, die Rechten sowie die Linken.

Illichs unbestreitbares Verdienst ist es, eindrücklich die Zusammenhänge zwischen den «Werkzeugen» (Erziehung, Medizin, Verkehr, Technologie) und den sozialen Strukturen, der Entfremdung und Ausbeutung, den Entfremdungsmöglichkeiten des Individuums usw. aufzuzeigen. Illichs zentrale Leistung ist die Erkenntnis, dass jedes «Werkzeug» jenseits einer bestimmten Quantität eine destruktive Qualität erhält (was er eine «Kontraproduktivität» nennt). Dass die Technokraten und die Rechten keine Freude an Illichs vehementer Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Werten haben, ist leicht einzusehen. Illichs Kritik an den technologischen und kulturellen Zielvorstellungen der Linken beinhaltet zwei Aspekte: 1. Die sozialistischen Länder und die Programme der linken Parteien Westeuropas streben um das gleiche Wachstum der prinzipiell gleichen «Werkzeuge» an (Auto, Grossstechnologie usw.). ihre Kritik an der Technologie des Kapitalismus beschränkt sich darauf, deren Missbrauch in den Händen des Kapitals zu rügen und deren Vergeilung und gerechte Verteilung zu fordern; 2. es wird festgestellt, dass die reflektierte Übernahme der «Werkzeuge» in den sozialistischen Ländern habe wiederum zu einer Klasse von Privilegierten geführt, die am Erhalt dieser Strukturen interessiert sei.

Dass es einen Nichtmarxisten braucht, der das dialektische Verhältnis zwischen Quantität und Qualität im Bereich der gesellschaftlichen Funktion der Produktionsmittel nachweist, zeigt deutlich, dass

einer überschuldeten Gesellschaft, von der der Autodidakt ausgeschlossen ist).

Es gibt offenbar Grenzen der Intensität der Produktion. Jenseits dieser Grenzen wird die Umwelt für autonomes Schaffen tragunfähig. Ist die Verwandlung der Umwelt in eine Umwelt der Verwalter und Technokraten erst einmal im Gange, so werden Belieferungen notwendig, die bis vor kurzem noch Privilegien waren: Menschen, die nicht mehr autonom leben schaffen können, werden von der Versorgung mit fremdbestimmten erzeugten Waren abhängig. Die dabei entstehende Nachfrage führt sehr bald zu einer Verstopfung jedes Versorgungssystems.

Diese zwei Stufen – die Lähmung

Illichs Dilemma

die orthodoxen Marxisten und Sozialisten bis heute nicht begriffen haben, dass die Äusserungen ihrer Ahnen (z. B. Marx, Lenin) über die Entwicklung der Technik nur im historischen und gesellschaftlichen Kontext verstanden werden dürfen.

Illichs Kritik der technologischen Gesellschaft ist insofern unpolitisch, als er die Frage nach der gesellschaftlichen Ursachen der Entwicklung dieser destruktiven Technologie gar nicht stellt. Für Illich liegt die Ursache der Umweltzerstörung, der Kontraproduktivität, der zunehmenden Entfremdung und vielschichtigen Ausbeutung in der «industriellen Produktion» selber. Illich beschreibt deutlich, wie bestimmte «Werkzeuge» Privilegien für wenige schaffen und Ausbeutung und Unterdrückung von Natur und Mensch für viele erhöhen. Illich erkennt zwar am Rande, dass die Privilegierten für diese Technologie kämpfen werden, dass sie auch die Mittel besitzen, um den breiten Schichten die Bedürfnisse und Werte zu suggerieren, die der Fortbestand dieser Gesellschaft gewährleisten. Illich bleibt der Gefangene seiner eigenen Gedanken, wenn er fordert, es sei zuerst die Technik zu ändern und dann seien die sozialen Strukturen zu revolutionieren. Seine «Vorschläge» für eine Strategie sind auch eher kümmerlich. Er appelliert an die Einsicht der Individuen, in der Hoffnung, dass wenn «das Reich der Vorstellung revolutioniert sei, die Wirklichkeit nicht ausbleiben» werde. Solche Strategie eines Idealisten hat bis heute zu keiner einzigen Kulturrevolution geführt. Die chinesische Kulturrevolution, die Illich als Vorbild nimmt, konnte nur in Gang gesetzt werden, weil einerseits die Voraussetzung des Sozialismus erfüllt war und andererseits die bewussten Bauern, Arbeiter und Intellektuellen hart und blutig für eine neue sozialistische Kultur kämpfen gegen die Privilegierten ihrer eigenen Gesellschaft. Dies ist die Aufgabe, die Illich und alle engagierten Ökologen möglichst bald zur Kenntnis nehmen.

Leo Keller

Von Ivan Illich sind im Rowohlt-Verlag die folgenden Bücher erschienen:

- «Schulen helfen nicht. Über das mythenbildende Ritual der Industriegesellschaft.»
- Die Entschlingung der Gesellschaft. Entwurf eines demokratischen Erziehungssystems.»
- Die sogenannte Energiekrise oder Die Lähmung der Gesellschaft.»
- Ansatz zu einer radikalen Kritik am Industriesystem (Aufsatz im Magazin «Technologie und Politik»)
- Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik.»

Die vier ersten genannten Titel sind Taschenbücher.

Wider die Nestbeschmutzer

Ein Nestbeschmutzer ist, wenn... Ja was denn eigentlich? Ein Nestbeschmutzer ist einer, der in seine eigene Nest macht oder überträgt. Eine Familie, sein Vaterland in den Dreck zieht, verunglimpft, mit Füssen tritt und was der üblen Dinge mehr sind. Wir Schweizer scheinen das Wort besonders zu mögen, die Sache allerdings weniger. Dabei fassen wir das Wort enger als unsere Nachbarn: Bei uns ist ein Nestbeschmutzer einer, der Kritik übt, und zwar an der Schweiz. Das tut man nicht, das ist schmutzig, niederträchtig, widerwärtig, deshalb nennen wir so einen Menschen einen Nestbeschmutzer, und wir, das Nest, wir lassen uns nicht gerne beschmutzen.

Wir haben verschiedene Verfahren entwickelt, das Entstehen von Nestbeschmutzern zu verhindern oder bereits vorhandene auszuwischen. Am wirkungsvollsten ist es zweifellos, bereits im Kleinkind jegliche Ansätze zu Kritik, sowohl den Eltern, den Lehrern, den Spielkameraden als auch sich selbst gegenüber, im Keim zu ersticken, so dass es später gar nicht mehr auf den Gedanken kommt, ein so hehres Gut wie die Schweiz mit Kritik zu beschmutzen. Da jedoch bedauerlicherweise diese Methode ihrer relativen Gewaltlosigkeit wegen nicht überall Anklang findet und nicht wollen, werden wir auf die wachsenden Nestbeschmutzern zu tun haben, soll hier noch auf ein anderes, oft geübtes und recht erfolgreiches Vorgehen hingewiesen werden (es empfiehlt sich vor allem für Publizisten): Nestbeschmutzer müssen selbst so lange von Kritik verschont werden, bis sie entweder das Nest verlassen oder mit dem Beschmutzten aufhören. Dieses Verfahren ist langwierig und für beide Teile mit viel Mühe verbunden.

Wer sich ab und zu die Mühe nimmt, sich in Fernseh- und Sendungen wie «Rundschau», «CF-Magazin» oder «Aus erster Hand» anzuschauen, der weiss, wieviel der Schweizer von öffentlicher gäusserter Kritik oder gar Polemik hält. Nämlich nichts. Wir sind betlich und nehmen so viel Rücksicht aufeinander, dass selbst ein Herr Merseburger, der Rohmer mit einer keine voll ausgesendete Sendung zustande brachte, beschwore denn eine brisante. Es herrscht so etwas wie ein stillschweigendes Abkommen: Wie du mir, so ich dir, oder, besser, wie du mir nicht, so ich dir nicht. Wenn schon, machen wir das differenzierte, hintenrum, privat (wo auch ein Prof. Koller nicht mehr hinkommt), oder wenn es gar nicht mehr anders geht, in der Zeitung. Dort braucht man seinem

Opfer nicht ins Gesicht zu sehen und kann sich hinter einem Signet oder einem Kürzel verbergen.

Zum Beispiel, in der «Tat» vom 25. April: Da schreibt ein gewisser H., vielleicht heisst er Häslar und ist Präsident des Schriftstellervereins, aber so genau weiss man das nicht, Zeitungen sind sehr verschwiegen –, also dieser H. schreibt da unter dem Titel «Feindbild» einen typischen Anti-Nestbeschmutzer-Artikel, wobei er den Nestbeschmutzern mangelnden Anstand und fehlendes Schamgefühl vorwirft. Und warum? Weil sie von der «öffentlichen Hand» Geld bekommen und es sich erlaubt haben, diese «öffentliche Hand» (zu deutsch: Gilgen) zu kritisieren. Und das sehen Sie, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Studenten, die ein Stipendium, und Künstler, die ein Werkjahrgeld, das tut man nicht; das ist Nestbeschmutzung, und dagegen gibt es ein Gesetz, es steht zwar nicht in der Bundesverfassung, ist aber fast genauso heilig und heisst: «Wes Brot ich ess, des Lied ich

Alternative Psychiatrie in Triest

«Wenn man dem Kranken helfen will, den Widersprüchen der Wirklichkeit, der er ausgewichen war, ins Auge zu sehen, ist es völlig nutzlos, eine künstliche Welt zu errichten, die solche Widersprüche nicht kennt.» Der so sprach, Franco Basaglia, umstrittener italienischer Psychiater, hat mit seinem Experiment in

Alle Türen sind offen

der psychiatrischen Klinik Görz in der Fachwelt Anstoss erregt. In Triest versucht er nun, die in Görz gemachten Erfahrungen weiterzuentwickeln. Zwei Mitglieder der Arbeitsgruppe Psychiatrie haben ihn dort besucht und berichten im folgenden über ihre Eindrücke.

Triest zählt ungefähr 300 000 Einwohner und liegt nahe an der Grenze zu Italien und Österreich. Bis etwa 1920 eine wichtige Hafenstadt mit Schiffswerten und blühendem Handel, verlor es dann zunehmend an Bedeutung: einerseits wegen der Territorialverluste Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg, andererseits gewonnenen Hafen und andere zentraler gelegene Hafendörfer immer mehr an Bedeutung.

Als wichtigste grössere Industrie beschäftigen die Fiat-Werke einige tausend Arbeiter. Bürokratie und Verwaltung sind stark aufgebläht und bieten einige Arbeitsplätze; Fischerei, Handel und Tourismus spielen eine eher nebensächliche Rolle. Wie überall in Italien gibt es aber auch hier viele Arbeitslose. Ein Drittel der Bevölkerung sind Pensionäre. Die Situation wird dadurch verschärft, dass aus Jugoslawien ständige Flüchtlinge eintreffen, für die Triest die erste und oft auch letzte Station im «freien» Westen darstellt. Sie und die Wanderarbeiter aus dem Süden sind im Kampf um ein Existenzminimum sprachlich und kulturell stark benachteiligt und werden darum oftmals zu Sozialfällen, sei es als Internierte der psychiatrischen Klinik oder auch als Gäste der Obdachlosenheime.

Basaglia hat die Klinik 1970 übernommen. Er wird vom Präsidenten der Provinzverwaltung stark unterstützt, mit dieser Zusammenarbeit steht und fällt das Experiment; es handelt sich aber



«Alle Türen der Klinik sind offen...»

Von geschlossenen Stationen...

Die Psychiatrische Klinik wurde um 1900 gebaut und besteht aus 32 Gebäuden, die in einem Park von zwei Quadratkilometer Grösse verstreut sind. Sie bietet Platz für ungefähr 1200 Patienten, momentan sind es noch etwa 800. Bevor Basaglia die Leitung der Klinik übernahm, wurden alle Gebäude als geschlossene Stationen geführt, Männer und Frauen getrennt. Es gab eine Art Karriere: der Patient wurde von der Polizei – seltener vom Arzt – eingewiesen, kam dann zuerst unten im Park in das «laute» Haus und stieg dann von Station zu Station hinauf – zuoberst steht heute eine Kirche.

weniger um persönliche Sympathie als um eine inhaltliche Übereinstimmung, was die Chancen für das Experiment Triest natürlich nur erhöht.

... zur Aufhebung der Klinik

Endziel der Entwicklung in Triest ist die Aufhebung der psychiatrischen Institution, die vollständige Durchmischung von psychisch Kranken und Öffentlichkeit. Basaglia ist der Ansicht, dass die Behandlung eines psychisch kranken Menschen in einer Klinik reine Manipulation ist. Der klinische Patient habe dem psychiatrisch-technischen Wissen der Therapeuten und Pfleger

nichts entgegenzusetzen, sei machtlos. Deshalb will Basaglia den Patienten so schnell wie möglich in die Gesellschaft zurückbringen. Auf die sogenannte Heilung – weniger karitativ formuliert: die Anpassung an unsere Normen – wird dabei wenig Wert gelegt. Das Team in Triest ist nicht bereit, Defekte der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu reparieren. Die Bevölkerung soll lernen, mit diesen Mitbürgern zu leben. Die Widersprüche in unserer Gesellschaft sind für das Team von entscheidender Bedeutung: der Widerspruch zwischen Wissenschaft und politischem Alltag, derjenige zwischen den Bedürfnissen des Individuums und denen der Wirtschaft. Man will diese Widersprüche nicht verdrängen, sondern bewusst mit ihnen leben. Alle Entscheidungen werden zusammen mit den Patienten gefällt, auch die der Entlassung; alles andere wäre ja fast schon wieder repressive Anpassung. Ziel der Behandlung ist es, dem Patienten den Aufbau von bewussten Beziehungen und Lebensinhalten zu ermöglichen, häufig alternativ und antagonistisch zu den bürgerlichen Verhaltensweisen. Dazu gehört aber – auch das ein Widerspruch – ein Arbeitsplatz in der bürgerlichen Wirtschaft, die Möglichkeit also, sein Leben selbst zu verdienen.

Keine unbezahlte Arbeit

Deshalb braucht die Klinik bezahlte Arbeitsplätze für die Patienten. So wurde die gesamte Reinigungsarbeit an eine Patientengruppe vergeben, ebenso bestehen das Küchenpersonal und zum Teil auch die Pfleger aus ehemaligen Patienten. Es gibt keine unbezahlte Arbeit, keine Arbeitstherapie, auch keine Ergotherapie oder «Ateliers» – ganz im Gegensatz zur Ausnutzung der Patienten in unseren schweizerischen Kliniken.

Das Prinzip, den psychisch Kranken in die Gesellschaft zu entlassen, führt natürlich zu Problemen, oft sogar zu heftigen Reaktionen von Nachbarn und Arbeitskollegen. Deshalb ist Öffentlichkeitsarbeit, auch von der zeitlichen Belastung her gesehen, ein zentraler Punkt von Basaglias Arbeit. Die Klinik wurde, wie auch die Stadt, in fünf «reparto» unterteilt; für jedes ist ein Oberarzt verantwortlich. Jedes «reparto» (= Teil der Klinik und der Stadt) ist autonom, wobei aber ein sehr intensiver Austausch von Informationen und Ideen zwischen allen Beteiligten auf jeder Ebene besteht.

Die Gesunden in Frage stellen!

Die Klinik soll von Gesunden und Kranken gleichermaßen benutzt werden.

den. Die Kranken sollen in die Stadt gehen, die Gesunden in Frage stellen, sich selbst in ihrer Krankheit akzeptieren lernen und akzeptieren lassen, immer mit dem Fernziel, wenn möglich auch die bestehenden schlechten äusseren Gegebenheiten zu verbessern. Die Hauptarbeit findet so ausserhalb der Klinik statt, einerseits mit den direkt Betroffenen, den Kranken und ihren Angehörigen, andererseits durch gezielte Information der Öffentlichkeit über die Problematik der Geisteskrankheiten. So wurde erreicht, dass nur noch selten Patienten durch die Polizei eingewiesen werden. Meistens telefoniert jemand direkt der Klinik, die dann den «Aufälligen» abholt. Dadurch steht es dem behandelnden Arzt frei, den Patienten am nächsten Tag wieder heimzuschicken, ohne eine richterliche Verfügung abwarten zu müssen.

«Das Anstaltswesen scheint seine Zielsetzung in sich selbst zu haben, und zwar insofern, als die Betriebsamkeit, die es trägt, offenbar nur dazu dient, es am Leben zu erhalten, ohne darüber hinaus etwas anstreben, das seine Funktion rechtfertigen würde.» (Basaglia)

Die Öffentlichkeit profitiert aber auch von der Klinik: einige Gebäude sind geschlossen, da die einen Patienten entlassen und die anderen verlegt wurden. Die Häuser sind im Umbau und sollen bald billig an Studenten und Arbeiter vermietet werden. Es werden auch Theaterabende und Feste mit bekannten italienischen Künstlern für Patienten und Öffentlichkeit organisiert, und eine Bildergalerie ist bereits geplant.

Mit diesen Aktionen wird die Öffentlichkeit in die Klinik geholt; aber auch der umgekehrte Vorgang: die Behandlung der Patienten in der Gesellschaft, wird angestrebt: Ein «reparto» soll demnach geschlossen werden. Die Patienten werden – sofern nicht entlassen – in zwei Häusern in dem betreffenden Bezirk der Stadt leben. Diese Häuser sollen eine Art Auffangstation sein, ähnlich wie ein Drop-in. Vielleicht wird es auch einen Jugendkeller und andere Spezialitäten geben, je nach den Initiativen, die die Mitarbeiter entwickeln.

Kein Schonraum für Patienten

Geht diese Art Betrieb nicht auf Kosten der Patienten? Die Klinik ist kein Schonklima in dem Sinn, dass dem Patienten Entscheidungen abgenommen werden. Er entscheidet zusammen mit dem Arzt, welche Medikamente er nehmen will. Es ist uns aufgefallen, dass alle Patienten mit denen wir gesprochen haben, genau Bescheid wussten über die Medikamente, die sie nehmen, auch über allfällige Nebenwirkungen. Auf Klagen hin werden die Verordnungen geändert. Natürlich gibt es immer wieder Notfälle, wo gegen den Willen des Patienten gehandelt werden muss, aber auf längere Zeit kann immer ein Kompromiss gefunden werden. Die Dosis ist meist niedriger angesetzt als in normalen Kliniken, und wir sahen auffallend wenige bis gar keine Patienten, die einfach vor sich hindöst. Die allgemeine

Stimmung ist um einiges lauter, lebhafter und explosiver als zum Beispiel im Burghölzli, und die Patienten kümmern sich umeinander.

Die Abteilungen sind gemischt und offen. Eine eigentliche Therapie findet nicht statt, denn man hat Angst, den Patienten durch die traditionelle Aufteilung in verschiedene Formen (Musiktherapie, Verhaltenstherapie, usw.) irgendwie zu zerstören. Die ganze Atmosphäre ist anregend, hilfreich und offen für Initiativen der Patienten. Die Ärzte und das Personal sind immer verfügbar und ansprechbar, es gibt keine Büros und sonstige Rückzugsmöglichkeiten, die Patienten haben überall Zutritt und sogar das Gefühl, erwünscht zu sein. Während einer Pflegepersonal-Ärzte-Versammlung zum Beispiel waren auch zwei leicht debile Patientinnen dabei, die sich ihren Ärzten auf die Knie setzten und sie umarmten.

Alle Türen sind offen – der Patient kann sich jederzeit entfernen, wenn er dazu das Bedürfnis verspürt. Dies wird sogar gewünscht: Eigeninitiative heisst Gesundheit. Es gibt auch Patienten, die nur tagsüber kommen, nicht, um irgendwelche Therapie zu machen, sondern um mit den andern in dieser gelösten Stimmung zusammen zu sein.

Für die nächsten zwei Jahre hat die Klinik ein Haus in den Bergen gemietet. Dort soll jeden Monat eine Gruppe von 30 bis 40 Patienten mit Pflegern und Ärzten ein besonders schöpferisches Zusammensein ermöglicht werden. Die erste Gruppe ging im Januar; einer der grössten Probleme dabei sind die Kleider, da die Klinik kein Geld hat für eine wärmere individuelle Garderobe für jeden Patienten. Einige Leute wollen nicht gehen, da sie in der Klinik Arbeit haben und ein wenig verdienen, was bei diesem Ferienaufenthalt natürlich wegfällt.

Centro di bellezza

Einige Laienhelferinnen haben einen sehr gut besuchten *Damensalon* mit allen Schikanen eingerichtet. Sie wollen aber nicht der Kosmetikindustrie neue Kundinnen zuführen, es geht ihnen darum, den Frauen das Annehmen des eigenen Körpers zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang gibt es neuerdings auch zwei Stunden Gymnastik pro Woche, die von ganz verschiedenen Frauen besucht werden: Pflegerinnen, Grossmütter, ehemalige Turnlehrerinnen. Das Überraschende ist auch hier wieder, dass alle miteinander turnen, einander helfen, neue Ideen und Übungen vorschlagen. Das Verhältnis Pfleger-Patient ist hier kein Problem.

Am Abend, bei der Pfleger-Ärzte-Vollversammlung, fiel uns auf, dass dieser Kreis eine ausgesprochen patriarchalische Struktur aufweist: die Frauen wagten kaum, sich zu äussern. Am nächsten Tag fragten wir ein wenig weiter.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Eine neue Leistung des SSR zusammen mit «das konzept»:



Für Einzelgänger, Stubenhocker, einsame Seelen, komische Käuze, Einsiedler, die es nicht mehr sein wollen oder nicht mehr sind, haben der Schweizerische Studentenreisendienst (SSR) und «das konzept» die neue Rubrik «Reis mit» geschaffen. Suchst du einen Reisespartener oder eine Reisespartnerin? Dann mach ein Inserat in «Reis mit». Inserate unter dieser Rubrik sind

gratis.

Allerdings müssen wir kommerzielle Inserate und solche mit anderen Zwecken als der Suche nach Reisespartnern zurückweisen. Ebenso können keine Chiffre-Inserate angenommen werden. Falls dein Inserat unter Chiffre erscheinen soll, verweisen wir dich auf die Rubrik «treffpunkte».

Gebrauchsanweisung:

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt, jede Zahl gilt als 1 Wort. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat einsenden an «das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Einsendeschluss für die Juli-Nummer: 20. Juni

Studentin (SLA Phil. Nat. 2. Sem. Uni Bern) sucht Gefährten für zweifache Skandinavienreise mit dem Inter-Rail. Zeitpunkt: Igrowann zwischen dem 12. Juli und dem 15. Oktober. Meine Adresse: Doris Pfänder, Seidenweg 52, 3012 Bern.

Maier-Safari: Wer hat Lust, mit uns auf allen Saumpfad den ursprünglichen Wallis zu entdecken? Vom 28. Juli bis 16. August werden wir mit Rucksack, Zeit und Maultier herumziehen. Auch wer Angst vor grossen Tieren (= Maultier) hat, kommt mit! Tel. (031) 58 16 42.

Wer möchte gerne mit mir (Studentin, 22. Bern) während 8 oder 15 Tagen England und Schottland kennenlernen mit dem Zug (Britapass)? Von ca. 21. Juli an. Mädchen wird bevorzugt. Tel. (034) 22 25 17, Regula.

Achtung für Schnellentschlusene! Suche Reisespartner(in). Du solltest begeisterungsfähig für Kunst und landschaftliche Schönheiten sein. Reisezeit noch offen (evtl. Norden). Zeit: Ab sofort bis 12. Juli. E-Mail: (22) mit Tel. (041) 37 26 92.

Sportliche, unkomplizierte Hausfrau (36) sucht unternehmungslustige Reisebegleiterin für Bade- u. Sightseeing-Ferien nach Spanien. Wer reist mit? 2-3 Wochen Anfang Juli. Auto vorhanden. Tel. (061) 73 24 16.

Für Englandtournee noch unternehmungslustige Reisespartner für zwei Studenten (22) gesucht. Mitte Juli bis Mitte August. Auto vorhanden. Tel. (031) 55 99 96.

Welches Mädchen hätte Lust, sich zwischen 15. 7. und 15. 8. 1975 von einem jungen Mann Paris und Umgebung zeigen zu lassen? Haus in der Nähe von Paris vorhanden. E. Erismann, 163, rue d'Herminette, 1245 Collonge-Bellerive. Tel. (022) 52 21 74.

Gegeben: Freund mit Freundin; Fahrzeug mit 4 Plätzen; Reisezettel Südkaribik; Zeit 26. 7.-9. 8. Gesucht: Freund mit Freundin zum Mitreisen und zum Mitreisen (Benzinkostenanteil). Lösung: Brief an Erwin Meyer, Stockgasse 54 E, 3308 Grafried.

Möchte meine drei Wochen Sommerferien dieses Jahr nicht alleine verleben. Wer kommt mit? Liebe Meer und Sonne. Sekretärin, bilig, 28/74, wohne in Lausanne. Tel. (021) 26 58 73, Renate.

Attraktive, sensible Studentin (23/178), Zürcherin, sucht ebenfalls männliche Begleitung für erholsame Sommerferien in der Sonne ab 20. Juli (2-3 Wochen). Auto vorhanden, alles Nähere möchte ich gerne mit Dir gemeinsam planen. (071) 25 88 05.

Eine Reise, gute Preise, ob mit Flug oder auf Geleise, aber allein möchte ich nicht sein. Darum bitte komm mit, bist nicht mehr jung und knusperig, doch reiselustig! Zeit kann angepasst werden. Frau E. Maier, Postfach 22, 5033 Buchs. Gesucht: 1. ein od. mehrere Reisespartner nach Japan, Hongkong, Indien, Ceylon oder evtl. andere umliegende Länder zwischen 25. Juli und 10. Okt. 2. (So) viele (wie möglich) für Wanderung (Treking) in Nepal/Bhutan (77) vom 10. Okt. bis Anf. Dez. Evtl. Silkim-Bhutan. Jan Jebavy, Freiestr. 38, 8032 Zürich. Tel. (01) 34 39 81.

Willst Du die vierte «Rade» bei unseren gemieteten Trampcarern in Nepal, Ceylon, evtl. Malediven sein ab Mitte Nov. für 6 Wochen? Kosten inkl. Flug ca. 4000 Fr. Nähere Auskunft Tel. (064) 71 78 92, ab 19.8.

Schnellverleider, kennst du auf 1. Haus nach Mexiko. Kuschel mit! Vom Okt. 75 bis März 76. Hesch Zyt? I bi a 23jährl. Mann. Und Du? I wart uff Poschi, Schreibschiff? D. Stöckli, Sieggasse 2, 4460 Cellerkinden.

Wer kommt für ca. 2 Wochen mit nach Südweden? Ich (Student, 26) fliege am 10. Juli nach Stockholm. Aufenthaltssorte und Rückreise noch nicht geplant (Zug, Mietwagen, Autostopp). Matthias Wehrli, c/o Hanny, Ryckenbergstr. 297, 8404 Winterthur, (052) 27 20 44.

Gratis das Inserat – gratis auch die Ferien. Ich (28. Phil. I) hole Dich (mit Kind, Kegel und Hand) ein vom 28. 8. bis 7. 9. Schreib mit Bild an H. Eggmann, Idstrasse 7, 9008 St. Gallen.

Christe und quer d. d. Schweiz. Miteneand ich's glatter und gesuch me. Tippebrüder od. -schwester gesucht mit zähe Schuelse und eine gute Rucksack (hüt du – morn dor) von ere fanatische Lehrerin (22). Madeleine Schickel, 8360 Eschikon TG.

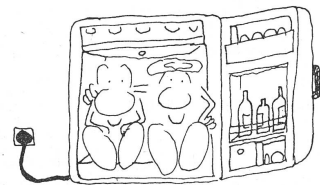
Ca. 7. Juli Mitfahrgelegenheit nach Spanien gesucht von 2-4 Kanarienvorhaben. Wer nimmt uns oder jemanden von uns mit? (Evtl. nach 3-4 Wo. wieder zurück nach Zürich) Hansruedi Richter, Tel. (01) 42 67 00.

Ich suche nettes Mädchen oder Jungen für eine gemeinsame Reise in den Süden (Korrika). Dauer der Reise 2 bis 3 Wochen. Zeit: Juli bis 10. August. Wer hat Lust, einfache, aber schöne Ferien zu verbringen? Andreas Sigrist, Kasparstrasse 17/14, 3027 Bern, 031/55 85 62.

Skandinavien für Anfänger



POLARREISE	7.7.-23.7.	
	23.7.-7.8.	Fr. 1980.--
FJORDREISE	7.7.-23.7.	
IN NORWEGEN	23.7.-7.8.	Fr. 1495.--
FINNLAND-	7.7.-23.7.	
RUNDREISE	23.7.-7.8.	Fr. 1560.--



SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST

Basel, Bern, Genève, Lausanne, Lyon, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich.



Ein Weissbuch über die Repressionsfälle im Erziehungssektor

Für eine breite gewerkschaftliche Front



Unter diesem Motto arbeiten verschiedene Gewerkschaften und Lehrergruppen (GKEW, VPOD-Lehrersektionen, Lehrergemeinschaft Luzern, Gruppe Erziehung St. Gallen etc.) in der sogenannten «Anti-Repressions-Plattform» zusammen, um die gewerkschaftlichen Interessen und die politischen Rechte fortschrittlicher Lehrer zu verteidigen.

Zurzeit ist es noch nicht möglich, alle fortschrittlichen gewerkschaftlichen Kräfte auf dem Erziehungssektor in einer einheitlichen Bewegung zu organisieren; das Verständnis, wie gewerkschaftliche Arbeit für Erzieher und Intellektuelle überhaupt zu geschehen habe, ist noch zu unterschiedlich. – Dem historischen Druck folgend, das heisst hier der verschärften Reaktion gegen fortschrittliche Erzieher, ergeben sich aber doch Ad-hoc-Zusammenschlüsse, um die Kräfte, die vorhanden sind, auf breiter Basis zu sammeln.

Das erste Resultat dieser Zusammenarbeit: ein Weissbuch über politische Repressionsfälle gegen Erzieher in der gesamten CH, das die GKEW zusammen mit den übrigen Gruppen der «Plattform» herausgibt. Parallel dazu läuft zurzeit eine Unterschriftensammlung für die Kampagne gegen die politische Diskriminierung von Lehrern in Emmen, die POCH-Mitglieder oder -Sympathisanten sind oder auch nur eine Unterschrift unter eine POCH-Liste gesetzt haben. An ihr beteiligen sich neben Plattform-Gruppen auch die GE (BS und SO) und politische Parteien.

Keine Einzelfälle

Wir drucken hier das Vorwort zum Weissbuch ab:

Mit schöner Regelmässigkeit hört man seit Jahren von Entlassungen oder NichtEinstellung von Erziehern, deren Weltanschauung, private Lebensweise, Unterrichtsmethoden oder -inhalte den Schulkommissionen nicht genehm sind. Die vorgebrachten Einwände lauten beinahe immer: mangelnde Ordnung, antiautoritäre Unterrichtsgestaltung,

Fortsetzung von Seite 4

ter, da uns das seltsam erschien an einem Ort, wo theoretisch die persönliche Freiheit und Initiative so gross geschrieben wird. Anscheinend besteht dieses Problem auf allen Ebenen. Als Folge davon hat sich eine Frauengruppe gebildet mit Zentrum im Beauty-Salon. Das Selbstbewusstsein dieser Gruppe ist noch nicht sehr stark. Sie wird von zwei Oberärzten unterstützt, der Rest der massgebenden Männer ist allerdings leicht indigniert.

Widersprüche werden ausgetragen

Die Klinik lebt von diesen Gegensätzen und Widersprüchen. Die Oberärzte harte Köpfe, gehen oft mit Basaglia nicht einig. Dieser lässt sich aber offensichtlich in Frage stellen. Das Klima ist schöpferisch: Initiativen werden nicht unterdrückt, auch wenn sie von unten kommen. Ideen, auch nicht fertig ausgereifte, werden ausprobiert. Nicht nur die Patienten, sondern alle Mitarbeiter werden von dieser schöpferischen Atmosphäre herausgefordert. Sie werden zur persönlichen Weiterentwicklung fast gezwungen. Das Personal ist vorwiegend jünger als vierzig, und die Klinik läuft eigentlich nur dank den vielen Freiwilligen, auf die dieses Arbeitsklima einen grossen Reiz ausübt. Diese Freiwilligen sind keine Spezialisten, selten Praktikanten, sondern meist Leute mit politischem Interesse. Sie können und wollen nicht diagnostizieren, auch nicht in einer liberalisierten medizinischen und psychologischen Form. Von ihnen haben die Spezialisten viel gelernt.

Alles ist in dieser Klinik im Fluss. Das Herkömmliche wird in Frage gestellt, neue Formen der Betreuung und des Zusammenlebens ausprobiert, ständig verändert und verbessert. Diese aufbauende Spannung wirkt sich aber auch auf die Patienten aus: sie stehen im Zentrum, sie sind die «Kunden», aber gleichzeitig auch die Gebenden. In diesem Sinn ist jedermann Patient: dies ist ganz im Sinne des endgültigen Ziels, der Ausübung der Klinik. Dann kann das Hauptgewicht endgültig auf die Präventivpsychiatrie gelegt werden.

Barbara Schmid, Gerold Roth

sexuelle Aufklärung oder Zugehörigkeit zu politischen Gruppen, natürlich nur marxistischer Prägung. Letzteres wird zwar nur selten explizit ausgesprochen. Sieht man sich aber die mit «persönlicher Unfähigkeit des Erziehers» legitimierten Eingriffe der Behörden genauer an, so erkennt man, dass politische Aktivitäten sehr oft den eigentlichen «Stein des Anstosses» bilden und die offiziell aufgeführten Gründe nichts als tarnendes Geschwätz sind.

Hätten die Behörden und Schulkommissionen weniger Hemmungen, ihre wahren Absichten offen aufzudecken, so käme eine Vielzahl unbekannter Repressionsfälle ans Tageslicht. Doch die heute schon bekannten Beispiele sind nicht etwa Einzelfälle, die auf ein «tolpatschiges» Verhalten der Lehrer (mit dem Kopf durch die Wand) oder auf ein stures Verhalten einzelner Behörden zurückzuführen sind. In einem grosseren Zusammenhang zeigen sich klar der systematische Charakter der Massnahmen und ihre beabsichtigte Wirkung.

Gewerkschaft Kultur Erziehung und Wissenschaft

GKEW Postfach 725 8022 Zürich

Ziehen wir noch die präjudizierenden Argumentationen der Behörden hinzu, so wird die Tendenz – mit Repression einzuschüchtern – offensichtlich. Entlassungen oder deren Androhung waren schon immer die Hauptwaffen der Behörden, um die politische Ausdrucksfreiheit von Lehrern zu unterdrücken. Aber die sich häufenden Repressionsfälle während der letzten Zeit in der Schweiz, die von höchster Instanz angeordnete Bekämpfung engagierter Personen in der BRD (Radikalerlass) und die Massenarbeitslosigkeit vor allem unter «linken» Lehrern in Italien und Frankreich illustrieren deutlich, dass mit den zunehmenden Schwierigkeiten der «freien Wirtschaft» auch der Druck des Staates gegen die Opposition aus den Schulzimmern schärfer und intoleranter in Erscheinung tritt. Die Ausgaben für die Bildung, vor allem für die Volksschulstufe, werden gekürzt. Die Folgen davon sind einerseits unbesetzte, drin-

gend notwendige Lehrerstellen, andererseits riesige Klassenbestände, mit denen jeder verantwortungsbewusste Lehrer nicht umgehen kann. Die Leidtragenden sind sowohl die Lehrer, deren Arbeitsbedingungen sich verschlechtert haben, als auch die Schüler – vor allem die Arbeiterkinder –, die noch weniger Förderung erhalten, dafür viel krasser selektioniert werden.

Trichter wird wieder «in»

Die Tätigkeit des Lehrers reduziert sich auf die Einrichtung von formelhaftem Wissen sowie auf das Einüben bzw. Dressieren von Verhaltensformen, die wohl zur konfliktfreien Integration in die bestehenden Verhältnisse, nicht aber zur kritischen Verhaltenssteuerung gegenüber Umwelt und Gesellschaft befähigen. Gleichzeitig werden aber die Beiträge des Staates an kostspielige, für die Privatindustrie kurzfristig profitträchtige Einrichtungen auf dem Gebiet der Forschung und in speziellen Ausbildungsstätten heraufgesetzt oder mindestens beibehalten.

Die durch die Spärung erzeugte Vergrößerung der Klassenbestände führt zu einer Reduktion der Anzahl Klassen und damit der Lehrstellen. Die Zeiten, da man oft unter dem Druck des Lehrermangels auch unqualifizierte Leute anstellen musste, sind vorbei. Die Schulkommissionen sind heute wieder in der «glücklichen» Lage, unter mehreren Kandidaten diejenigen auszuwählen zu können, der ihnen nicht zuletzt auch in politischer Hinsicht am genehmsten ist. Die Schulspektoren erhalten wieder fast unbeschränkte Vollmachten. Mit ihren «Berichten» können sie jedem – selbst einem bereits gewählten – Erzieher wirksam drohen. Die Angst vor Entlassungen bringt sehr viele kritische Stimmen zum Schweigen. In diesem Rahmen bekommt dieses Weissbuch einen Charakter, der über eine einfache Dokumentation hinausgeht: Es verfolgt nicht nur die Absicht, eine Bestandsaufnahme des Repressionsklimas zu geben, sondern auch, aufzufurzen für eine breite Front, die sich im Kampf gegen die Einschüchterung, gegen den Abbau demokratischer Rechte zusammenschliesst.

Über Repressionsfälle an Schweizer Schulen erfahren Sie mehr, wenn Sie «das konzept» Nr. 11/74 lesen («So frei sind unsere Schulen», über die Berufsverbote in der BRD in «das konzept» Nr. 1/75 («Querdenker werden ausgemerzt»). Jede Nr. ist gegen 1.50 Fr. in Briefmarken erhältlich bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Walter Matthias Diggelmann: Erlebtes

Wie recht ist ein Rechtsstaat

Die Schweiz sei ein Rechtsstaat. Das hat man mir bereits in der Volksschule gesagt. Was ein Rechtsstaat ist, hat man mir nie gesagt. Ist ein Rechtsstaat ein Staat, der den Anspruch des Stärkeren schützt oder die Bedürfnisse des Schwächeren?

Von «Rechtsstaat» reden jetzt wieder alle Zeitungen. Zum Beispiel Kaiser-augst. Der sogenannte «volksnahe» Bundesrat Ritschard, ein Sozialdemokrat, gewiss, aber ein Sozi, den man weder dem linken noch dem rechten Flügel zuzählen kann – Ritschard könnte auch ein Unabhängiger sein –, macht sich für den «Rechtsstaat» stark, für die Demokratie. Demokratie: Volksherrschaft! Aber sind Vokabeln wie Rechtsstaat und Demokratie nicht einfach Schlagwörter geworden, mit denen handfeste Profitinteressen verschleiert werden sollen? Bundesrat Ritschard will auf Gespräche (nicht auf Argumente) eingehen, wenn Kaiser-augst bedingungslos geräumt wird. Wessen Interesse vertritt dieser Bundesrat? Ist er noch ein Volksvertreter? Oder ist nur bloss der Vollstrecker einiger «freier Marktwirtschaftler», die in Kaiseraugst ihr Vermögen, das sie ohnehin auf Kosten des Arbeiters zusammengesparrt haben, investieren wollen? Was heisst hier Rechtsstaat? Nur weil man das Volk hinter Licht geführt hat, nur weil man nie die ganze Wahrheit gesagt hat, nur weil dieses verführte Volk nun die ganze Wahrheit –, die monströse Gefahr – sieht, kommt man mit dem Rechtsstaat, kommt man mit formaljuristischen Querelen. Entpuppt sich die Landesregierung nicht einmal mehr als Marionette, der Bundesrat als Marionette?

Demokratie: Herrschaft des Volkes; im Grund eine schöne Form der Anarchie, verstanden als Herrschaftslosigkeit, verstanden als Gegenstück zur Hierarchie. Geld, sagte Erich Fromm kürzlich in Locarno, mache sinnlich. Man kann Sinnlichkeit nicht so herabzschlachten mit Beischauf erklären. Auch Geld- und Machtgewinn kann Lust erzeugen. Und eine Frau, die für Geld mit einem ins Bett geht, nennen wir eine Hure. Und ein Mann, der sich eine Frau kauft, nennen wir einen Hurensohn. Luststeigerung erfahren beide Teile. Die

Hure kauft sich Pelzmäntel und teure Autos, der Hurenbub bestätigt sich selbst die Macht des Geldes; nicht jeder kann sich Huren leisten!

Demokratie: Die Menschen in der Regio Basel haben Angst vor dem A-Werk in Kaiseraugst. Demokratie heisst nicht einfach, die Mehrheit habe unbedingt das Recht auf ihrer Seite. Die Zürcher, Berner, Welschen und Tessiner sind nicht betroffen. Sie können insgesamt die Menschen in der Regio Basel überstimmen. Das wäre also Volksherrschaft.

Wie recht ist ein Rechtsstaat? Schon vor Jahren wollten die Lausanner auf dem Gemeindegebiet von Etagnens einen Flugplatz bauen. Der heutige Bundesrat Chevallaz, damals noch Syndic von Lausanne, dem auch die Unterstützung der Waadtländer Sportpiloten wichtig war – und Hand aufs Herz, wer kann sich schon die Sportfliegerei leisten? –, Chevallaz also liess parzellenweise Land aufkaufen. Er kam schliesslich zur Abstimmung. Der sogenannte Souverän lehnte ab. Dennoch gab der damalige Bundesrat Bovin «grünes Licht», indem er den Lausannern die Konzession erteilte. Rechtsstaat? Demokratie? Schlagwörter. Als Chevallaz mit seinem ehrgeizigen und dummen Projekt nicht ankam beim Volk, versuchte er es mit seinen Vasallen andersherum. Ein bereits vom Volk genehmigtes Strassenprojekt (Lausanne-Yverdon) wurde in aller Stille abgeändert. Die neue Kantonsstrasse sollte westlich von Etagnens geführt werden. Präzis dort, wo der Flugplatz gebaut werden sollte. Rechtsstaat? Demokratie? Und dann reden wir gross von Föderalismus. Föderalismus ist aber oft, wenn in Kaiseraugst ein Atomkraftwerk gebaut werden soll. Föderalismus ist oft, wenn Herr Chevallaz für die steinerne Waadtländer Sportflieger auf der Terrasse des Gros de Vaud in unmittelbarer Nähe eines gelegenen Bauerndorfs einen Flugplatz bauen will. Vielleicht auch nur, weil er doch so gerne Bundesrat werden wollte.

Bundesrat Ritschard – als volksnahe wurde er uns verkauft – redet selbst für SPS-Funktionäre manchmal etwas markig, reist grossspurig nach Peking und redet nun ebenso markig von Rechtsstaat und Demokratie.

Rechtsstaat: In der Bundesrepublik ändern sie ganz einfach, je busch, huch die Gesetze für den Prozess gegen die Baader-Meinhof-Gruppe. So einfach ist das. Rechtsstaat? Mehr als drei Jahre Untersuchungshaft! Und keine Beweise. Nur Vermutungen! Ich bin weiss Gott nicht für Terror und Gewalt. Aber die Frage muss dennoch gestellt werden, wie und in welcher Form der Bürger den Rechtsstaat und die Demokratie überhaupt schützen kann gegen die wenigen Superreichen und deren Vasallen im Parlament und in der Regierung.

Rechtsstaat, Demokratie: Wir haben es bereits 1968 erlebt: in Berlin, in Paris und auch in Zürich. Jugendliche, Studenten und so weiter, manifestierten ihr Malaise in unserer Leistungsgesellschaft, unserer freien Marktwirtschaft. Was tut der Rechtsstaat? Er setzt bewaffnete Polizei, Tränengas und Polizeihunde ein. Die Demonstranten werden halbtot geschlagen. Rechtsstaat? In Deutschland werden Mitglieder der Kommunistischen Partei aus allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen. In der Schweiz sind Pazifisten, Linke und Dienstverweigerer als Lehrer untragbar. Das hindert allerdings weder Ritschard noch Franz Josef Strauss, Mao Tsetung die Hon-neurs zu machen.

Rechtsstaat? Merke: Im Rechtsstaat steht das Recht immer rechts. Und merke: Es ist klüger, vor der eigenen Tür den Dreck wegzuwischen.



wirtschaft/arbeit

Während der Hochkonjunktur gingen sehr viele Jugendliche von der Schulbank weg in den Betrieb, wo sie relativ gut verdienen konnten. Als ungelernete Arbeiter haben sie aber in der gegenwärtigen Rezession wenig Chancen, die raren Arbeits- oder gar Lehrstellen zu erhalten.

In der Schweiz sind von 1966 bis 1973 die Mietzinsen um durchschnittlich 77% gestiegen. (Max. GE: 103,8%, dagegen die Arbeiter- und Angestelltenlöhne nur um zirka 55%.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz hat sich von Februar 1974 bis Februar 1975 von fünfundsiebenzigtausend auf 2761. Darin sind allerdings die nicht gemeldeten Arbeitslosen, die Kurzarbeiter und die nicht ausgelasteten Arbeiter nicht enthalten.

Wie der Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga), J.-P. Bonny, erklärt, «mus der soziale Frieden erhalten bleiben». Koste es, was er wolle, solange er die Profitreue nichts kostet, sondern nur die Arbeiter!



KRIEG (GEWALT) UND SEX-THEMEN GEHÖREN NICHT IN DEN SCHULUNTERRICHT. JUNGE GESCHÖPFE SOLLTEN NICHT MIT SOLCHEN SCHRECKLICHEN SACHEN BELASTET WERDEN. WENN SIE ERWACHSEN SIND, IST ES FRÜH GENUG!!

MARIO GRASSO

Studentische Selbsthilfeorganisationen erproben Wohnformen (I)

Von der Schlummurmutter zur Wohngemeinschaft

Die Zeiten, da sich ein auswärtiger Student durch Inserate oder Beziehungen mühsam ein Dachkammerlein ergatterte und von einer auf peinliche Sauberkeit bedachten Schlummurmutter von der Zigarette bis zur Freundin allerlei verbieten lassen musste, sind zwar noch nicht vorbei. Aber in den meisten Hochschullstädten haben die Studentenschaften in eigenen Organisationen Alternativen entwickelt und auch – teilweise zumindest – realisieren können. Noch ist allerdings das Problem des studentischen Wohnens weit von einer befriedigenden Lösung entfernt, wie die Wohnungsfrage überhaupt. In einer Artikelfolge wollen wir die Organisationen studentischer Wohnraumbeschaffung, ihre Ziele, ihr Angebot und ihre Schwierigkeiten vorstellen. Den Anfang macht in dieser Nummer die «Studentische Wohngenossenschaft Zürich» (WOKO). In der nächsten Nummer werden Bern und Basel folgen, ebenso eine gesamtschweizerische Zusammenstellung der einschlägigen Adressen. bs

Wenn im WOKO-Haus an der Münster-gasse wieder einmal ein Hausfest über die Bühne geht, verziehen sich die beiden zum Inventar gehörenden Katzen aufs Dach, wo ihnen das halbe Zürcher Niederdorf quasi zu Füssen liegt. Im übrigen haben sich die Schrecken der Maus- und Vogelwelt längst an den lebhaften Betrieb in diesem Altstadtstadthaus gewöhnt. Hauptsache, ihr Futter geht nicht vergessen.



Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. 031 23 28 18

Die Wohnsituation für Studenten, Schüler, Lehrlinge usw. wird seit längerer Zeit von den Betroffenen bewusst diskutiert und als wesentlicher Teil der gesamten sozialen Lage begriffen. Ein Ausdruck dieses Verständnisses war unter anderem die vom VSS ehemals geplante «Wohnungskampagne», die eine umfassende Analyse der Auswirkungen der allgemeinen Lage auf den Wohnungsmarkt für die in Ausbildung Stehenden hätte liefern sollen.

Die heutige Lage der Studentenschaften lässt aber hochfliegende Pläne weniger denn je zu; nicht einmal das Überleben derjenigen studentischen Organisationen, die als Träger der Wohnungskampagne vorgesehen waren, ist sichergestellt. Das Erfassen der je spezifischen Wohnsituationen an den verschiedenen Hochschulen würde unter diesen Bedingungen die vorhandenen Arbeitskapazitäten sprengen. Deshalb muss sich der VSS heute darauf beschränken, Material zum Thema zu sammeln, das von lokalen Arbeitsgruppen, die sich um die Wohnungsfrage kümmern, verwertet werden kann. In diesem Sinne sind die im «konzept» Nr. 6 + 7 veröffentlichten Beiträge gedacht.

Die Initiative zu dieser Übersicht ging von der WOKO Zürich aus, der wir für die wertvolle geleistete Arbeit zu grossem Dank verpflichtet sind. VSS-Vorstand/vgh

«Erlernen von Toleranz ist ja selbstverständlich»

Wie beim Katzenfüttern helfen sich die Bewohner auch sonst gegenseitig aus, bei Esswarenknappheit etwa, schreiben Telefonzetteln und sind bereit, Organisation und Differenzen innerhalb der Gemeinschaft mit möglichst wenig Aufwand informell zu bewältigen. Im Mittel sind es elf Personen, die sich auf die vier Stockwerke mit je zwei bzw. drei Zimmern verteilen. Durch die architektonischen Gegebenheiten (je eigene Küche) funktionieren die Stockwerke relativ autonom. Zu den Gemeinschaftseinrichtungen gehören eine Dusche, eine Waschmaschine, ein Trocknungsraum, das Telefon und die grosse Dachterasse.

Das Haus hat sich bis jetzt durch Toleranz unter den Bewohnern, gemeinsame Hausfeste und Aktionen (siehe Bild) sowie einen legeren Betrieb ausgezeichnet. Eingebürgert haben sich überdies Eintritts- und Abschiedessen für die Hausbewohner. Wenn man es auch nicht als Bedingung stellen kann noch will, so hat es sich doch bewährt, wenn hier Leute einziehen, die sich nicht abkapseln, sondern am Hausbetrieb teilnehmen, häufig hier sind und auch ihre Freunde einführen.

Zumindest äusserlich ganz andere Bedingungen treffen wir im WOKO-Haus Lerchenrain an. Im Gegensatz zur Münstergasse, wo Stadtzentrum und Uni in je 5-10 Minuten erreichbar sind, befinden wir uns hier auf dem Hönningerberg, am Stadtrand von Zürich, in einem Neubau mit über hundert Wohnräumen.

Die notwendige Gliederung in kleinere Gruppen ergab sich aus den Grundrisserhältnissen: je zwei neben einanderliegende 3½-Zimmer-Wohnungen wurden zu einer Wohnungsgemeinschaft zusammengefasst, die über sechs Individual- und zwei Aufenthaltsräume, je zwei Küchen und Balkone, eine Dusche und einen Abstellraum verfügt. Das ganze mit sechs Zimmern und Gemeinschaftsräumen «Katakomben» genannt, mit Diskothek und Gesöff, ein Pingpongraum, ein Fotolabor und diverse ausgebauten Kellerräume – alles durch Mieter eingerichtete – ergibt in etwa das Haus Lerchenrain.

Auf Grund der praktisch vollständigen Selbstverwaltung auch der Gruppe

und des räumlich sehr nahen Zusammenlebens herrscht normalerweise ein wesentlich intensiveres Gruppenleben als in Studentenhäusern mit Hausverwalter, Portier und Abwart.



WOKO-Haus Münstergasse

Mit Wegwerfplastiktassen haben die Hausbewohner ihren Beitrag an die hektische Weihnachtseinkaufszeit dokumentiert (Dezember 74).

«Nicht einfach ein Dach über dem Kopf...»

Das Zusammenleben der 16 Gruppen ist allerdings sehr differenziert. Es reicht vom lockeren Einzelgängerbetrieb – mit minimalem Gruppenkonsens beim Lösen von Problemen, mit gemeinsamem Putzen und Abwaschen, im übrigen auf eigene Zimmer konzentriert – bis hin zu eigentlichen Wohngemeinschaften, die bewusst die Möglichkeit dieser Wohnsituation auszuhebeln versuchen. Dort konzentriert sich das Wohnen mehr auf die Gruppenebene; die Gemeinschaftsräume, das persönliche Engagement wird grösser, auch etwa in Diskussionen über persönliche Probleme.

Der häufigste Fall ist jener, wo sich je nach Zeit, Gelegenheit und Interessen wechselnde Untergruppen für ein gemeinsames Unternehmen bilden, als da sind Kochen, Sport, Kino, Theater, Diskussionen, Arbeiten fürs Studium usw. Man wohnt nicht hier, um einfach ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern als Individuum in einer Gemeinschaft zu leben.

Natürgemäss treten auch Gruppen auf, die bezüglich ihres Zusammenlebens im oben beschriebenen Sinne nicht homogen sind, beispielsweise einen oder zwei Einzelgänger enthalten. Oft stellt eine Gruppe in irgendeinem Konflikt, der dann entweder ausgetragen oder in einen Status quo «zurechtgebohrt» wird. Selbstverständnis sind auch Kontakte per durchs Haus möglich, werden aber selten ausgenutzt.

«... sondern das Gruppenleben intensiv mitgestalten»

Bevor ein Neumieter in einem solchen Haus ein Zimmer mietet, sollte er sich im klaren sein, dass dies eine spezielle Wohnsituation darstellt, die sich nicht mit Schlummurmutter und Elternhaus vergleichen lässt, und dass ein gewisses Mitbeteiligungsmotiv im Interesse des einigermaßen reibungslosen Zusammenlebens verlangt werden muss. Diese Art des Wohnens lässt sehr viele Möglichkeiten offen, die je nach Gruppe gänzlich anders realisiert sind. Darum ist es sehr wichtig, dass sich ein Mieter zuerst mit der Gruppe in Verbindung setzt. Dabei kann er herausfinden, ob die Gruppenstruktur ihm in etwa behagt oder ob er sich mehr oder weniger engagieren will. Ein gewisser Anpassungsprozess ist an jeder Gruppe – und sei sie noch so inaktiv – notwendig. Dieser Prozess läuft zwar meist automatisch, es kann aber doch einige Aktivität nötig sein, um über gewisse Probleme hinauszukommen.

Die beiden Häuser Münstergasse und Lerchenrain stehen stellvertretend für die bei der WOKO vorherrschenden

Typen Kleinhaus und Grosshaus. (Einige Bemerkungen zu den beiden Haupttypen folgen noch unter dem Kapitel «Selbstverwaltung».) Die Beispiele dürften klargemacht haben, dass bei der WOKO wohnen nicht einfach wohnen ist. Vielmehr wurde in zehnjährigem Prozess von Mietern und Verwaltung in gemeinsamer Anstrengung ein Wohnmodell erarbeitet, welches als vorläufige Zielvorstellung für Bauen, Wohnen und Verwalten dient; das Wohnen in Gruppen und Selbstverwaltung.

Das WOKO-Wohnmodell: Wohnen in Gruppen...

Generell halten die Mieter das Wohnen in Gruppen für bedeutend besser als andere zurzeit realisierbare Wohnformen. Die Wohngruppe bietet sowohl die Möglichkeit des gemeinsamen Arbeitens, Essens und Zusammenlebens als auch die des Rückzugs in die Individual-sphäre. Sie erfordert allerdings das Bedürfnis und den Willen zu Zusammenarbeit, Verantwortlichkeit, Toleranz und vernünftiger Problembewältigung. Dass diese Eigenschaften kein schmückendes Beiwerk, sondern absolute Bedingung für den Abschluss eines Mietvertrags sind, erfährt jeder Bewerber vor der Eintragung in die Warteliste.

Die ersten Erfahrungen haben gezeigt, dass die meisten Gruppen befriedigende Formen des Umgangs und Kontakts gefunden haben oder doch daran sind, diese nach Krisen und Lernprozessen zu finden. Wenn in Gruppen die Schwierigkeiten nicht gemeistert werden konnten, so liegt dies zur Hauptsache an der Unreife und Intoleranz einzelner Mieter. Für diese können die Lernprozesse aber oft doch noch ermöglicht werden durch Aussprachen oder Neugewinn in einer andern Gruppe. Notfalls bleibt die Kündigung und Zurückvermietung in den «freien Wohnungsmarkt». Dies ist keine unnötige Härte, denn es liegt auf der Hand, dass das Gruppenwohnen nichts anderes erfordert als diejenigen Eigenschaften, welche ohnehin die Grundbedingungen jedes partnerschaftlichen, familiären, beruflichen oder kollektiven Lebens bilden.

Neben den grundlegenden menschlichen Aspekten hat es sich aber gezeigt, dass auch äussere Faktoren das Zusammenleben stark beeinflussen können. Positiv wirken alle Umstände, welche Initiative, Auseinandersetzung, Übernahme von Verantwortung, gemeinsame Denks- und Handhabungsweisen, erforderlichen Rückblick hat es sich gezeigt, dass eine perfekte Wohnungsbau und bereits beim Einzug vorliegende «Weisungen» für die Bildung der Gruppen Hindernisse darstellen. Bei vielen Mietern stellte sich deshalb eine satte «Konsumhaltung» ein, aus der nur noch die Forderung nach weiterer Perfektion und Ungestörtheit erwuchs. Im Gegensatz dazu entwickelte sich meist dort Kooperation und Gruppeneinstellung, wo etwas nicht klappte, wo technische oder administrative Lücken bestanden, wo Räume oder Funktionen nicht definiert waren, wo Opposition gegen die WOKO-Verwaltung, den Architekten oder die technische Leitung auftraten.

Das Problem der Konsumhaltung ist aus den «alten» Kleinliegenschaften kaum bekannt, was zum Schluss verleiten könnte, dass die «Verlockung» des Wohnens im Neubau zum Teil eine gewisse negative Mieterselktion bewirkt hatte.

... und in Selbstverwaltung

Die WOKO ist der Auffassung, dass mit der Erstellung von Wohnraum das Problem für den Benutzer noch nicht gelöst ist. Vielmehr müssen Erstellung,

Die Wohngenossenschaft «WOKO» in Stichworten

• Strukturen:

Als Genossenschaft zeichnen heute Studentenschaften beziehungsweise Schülerorganisationen (folgender Schulen: ETH, Uni, Musikhochschule und Konservatorium, Dolmetscherschule und Kantonale Maturitätsschule) für Zwecke als direkt Begünstigte, die heisst Wohnberechtigung. Weiter zeichnen der SSR, die GEP (Gesellschaft ehemaliger Studierende der ETH), der ZHV (Zürcher Hochschuleverein) und die Studentische Wohnbaukommission als Ideell-Beteiligte. Der Verwaltungsrat, der die Geschäfte der Genossenschaft führt, besteht heute aus sieben nebenamtlich angestellten Studenten. Zu seiner Seite stehen eine ausgebildete Selbstverwaltung in den Häusern (siehe Hauptartikel).

• Angebot und Nachfrage:

Komfort und Grösse der Häuser sind sehr verschieden. Die meisten sind mobil und 15 bis 45 Minuten Fahrtzeit von den Hochschulen entfernt. In allen stehen gemeinsame Küchen, Duschen, WC und Telefone zur Verfügung.

Im Schnitt bekommen doppelt so viele Anmeldungen, wie wir Zimmer vermieten können. Das heisst je nach Wunsch warten kann bei uns 3-6 Monate.

• Warteliste:

Unser Anmeldebüro basiert auf einer unbeschränkten Warteliste. Auf dem Sekretariat kann sich der einzelne dann eintragen; an deren Spitze angelangt, erhält er ein Angebot. Aufnahmekriterien wie Stipendiat, Nation usw. kennen wir nicht.

Betrieb, Unterhalt, Vermittlungs- und Mietpreis zusammen mit dem Wohnen als eine Einheit betrachtet werden, weil jedes Glied dieser Kette das Ganze ungeniessbar machen kann. Ein schönes Haus beispielsweise mit einem sturen Abwart wird ziemlich uninteressant.

Die praktischen Probleme bei der Verwaltungsstruktur der WOKO zeigen immer wieder, wie stark Wohlstand und Verwaltungssstil sich gegenseitig bedingen. Die wichtigste Aufgabe der vielen Sitzungen und Informationsmeetings mit den Vertretern der Verwaltungsbasis und den Mietern bestand darin, einen Mittelweg zu finden zwischen Freiheiten und administrativen Vorschriften, zwischen Eigeninitiative und Konsumhaltung. Dabei wurde anfänglich von beiden Seiten hie und da über die Stränge geschlagen, es bestanden Informationslücken, oder die Freiheiten und Verpflichtungen der Selbstverwaltung wurden falsch interpretiert.

Im Kleinhaus (meist alle Liegen-schaften zum Teil kurz vor dem Abruch) sind die Mieter (bis zu 25) in der Hausbewohnerversammlung, die aus allen Mietern besteht, organisiert. Diese Versammlung erlässt unter anderem die spezielle Hausordnung. Aus ihrer Mitte wird ein «Hausverwalter» als Kontaktperson gegenüber der WOKO-Verwaltung gewählt, der dann zugleich als Vertreter der WOKO amtiert.

Im Grosshaus sind zuerst die Wohngruppen organisiert, von denen jede einen Gruppendelegierten wählt. Dieser Vertreter (im Haus Lerchenrain sind es 16) bilden die Hausversammlung, die über die internen Fragen des Hauses entscheidet. Sie wählt ebenfalls den Hauspräsidenten, der für mehrere Semester die sozialen Belange des Hauses betreut und als Vertreter der Mieter auftritt. Den Unterhalt des Hauses besorgt ein Technischer Leiter, ein von der WOKO angestellter, studentischer Mieter. Die Wohnung ist das wichtigste Element kann eine spezielle Gruppenordnung erlassen. In der Praxis zeigte sich, dass weniger schriftlich fixierte Thesen aufgestellt werden, sondern mehr praktisch experimentiert wird.

Alternative

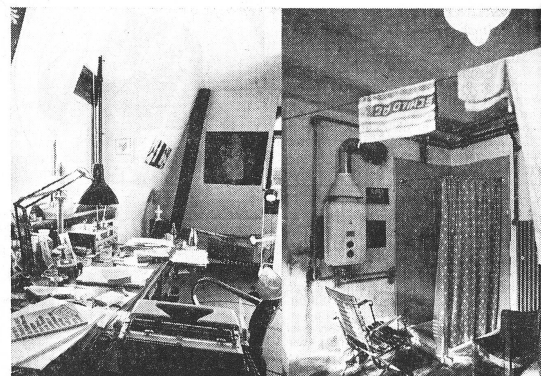
«Appartementshaus-Modell»

Isoliertes Nebeneinanderwohnen mit strenger Hausordnung und professioneller Hausverwaltung. In der Mehrzahl der privaten Studentenheime wird diese Form geboten.

Alternative

«Kommune-Modell»

Diese Form erfordert eine erhöhte «Integrations- und Kooperationsbereitschaft». Mit den äusseren Bedingungen der WOKO (Warteliste usw.) ist dies nur sehr beschränkt möglich. Da diese Form aber nur wenig geboten wird, könnte die WOKO diese Alternative eher vertreten.



WOKO-Innereien ohne Anspruch auf Repräsentativität.

Platz auch für Käuze

Die ganze Organisation der WOKO arbeitet zugunsten derjenigen, die profi-

tieren sollen: also der 600 Mieter – im Gegensatz zu üblicher Wohnverwaltung. Dies illustriert die Notwendigkeit unserer entscheidenden Grundsätze einer studentischen Selbstverwaltung, in der soviel Entscheidung und Kompetenz als irgend möglich an die direkt Betroffenen («unten») delegiert wird. Dies führt zu folgenden Stilmerkmalen:

• Die «Verwaltung» ist für den Mieter nicht eine anonyme Organisation, sondern eine Gruppe von integren Persönlichkeiten, die sich also je mit ihrer Aufgabe identifizieren.

«Es herrscht bei uns Toleranz, gegenseitige Rücksichtnahme und ein gewisser Individualismus. Unsere Wohngemeinschaft können (und wollen) wir nicht als «Kommune» bezeichnen.» (WOKO-Haus Indischstrasse)

«Wir legen ziemlich Wert auf ein gemeinsames Zusammenleben. Wenn möglich gemeinsame Mahlzeiten, auch in der Freizeit. Wir möchten auch vor allem Leute, die am Haus interessiert sind, das heisst wenn möglich auch am Wochenende und in den Semesterferien hier sind, die mithelfen, Haus und Garten instand zu halten usw.» (Luchwiesenstrasse)

«... Erlernen von Toleranz usw. sind ja selbstverständlich. Da wir es als wertvoller erachten, wenn Leute mit verschiedenen Interessen zusammenleben, möchten wir in dieser Hinsicht keine Wünsche an zukünftige Mitbewohner anbringen. Erwünscht sind aber Leute, die das Gruppenleben intensiv mitgestalten möchten.» (Hafnerstrasse)

«Aktive Beteiligung am Gemeinschaftsleben, gemeinsamer Einkauf von Nahrungsmitteln (ohne genaue Berechnung für den einzelnen)» (Seebachstrasse)

• Die «Mieter» sind ebenso wenig anonym, sondern in ihrer Eigenart bekannt und akzeptiert (gilt für alle – auch für «Käuze»). Die Verwaltung stellt an sie nur die Anforderungen, dass sie sich je in ihrem Bereich einordnen (in was für eine Ordnung, ist nicht Sache der Verwaltung, sondern der Leute, die diesen Bereich definieren) und dass sie interessiert sind am Wohnen in Gruppen.

• Um Informationsmängel zwischen Verwaltung und Mieter zu vermeiden und auftauchende Probleme in ihrer Breite zu lösen, werden – je nachdem von den einen oder anderen angeregt – Informationen verteilt, Seminare organisiert usw.

«Zwischen Wohnen und Verwalten besteht ein immanenter Widerspruch, welcher in unserem Wohnmodell nicht beseitigt, aber durch die Selbstverwaltung auf ein erträgliches und rational durchschaubares Mass reduziert wird.»

Beim Wohnen geht es um das existentielle Wohl des einzelnen, in der



Organisation geht es um die möglichst rationale Verwaltung einer Pluralität. Diese beiden Ideale sind logischerweise nicht auf einen Nenner zu bringen. Eine kommerzielle Liegenschaftsverwaltung löst das Problem zugunsten der Rationalität, und der Verwaltungsapparat gibt die Normen der Wohnmodalitäten. Diese Vergewaltigung des Menschen durch eine Administrationsmaschine lehnen wir mit Entschiedenheit und Schärfe ab. In allen menschlichen Belangen ist die Verwaltung sekundär, und sie hat im Dienste des Menschen zu stehen. Wir sind bereit, den finanziellen Mehraufwand zu leisten, den die menschlichere und anpassungsfähigere, und das heisst unrationellere Verwaltung erfordert. WOKO Zürich

GE-PRESS-T

□ Der Wiener Bürgermeister will, um die Autos nach Möglichkeit von den Strassen der Stadt fernzuhalten, die Autosteuer verdoppeln. Dafür würde der Fahrzeugbesitzer als Generalabnehmer für die Strassenbahn gelten.

□ Anfang April haben drei Viertel der Studenten ist die Hälfte der Dozenten des Technikums Murtens in Kaiserstuhl gegen das A-Werk demonstriert. In einer Erklärung sagten sie aus, dass «nicht das Privatinteresse, sondern die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung vorrangig» sei.

Hänsel und Gretel – Revolutionäre oder Anarchisten?

«Schuldig sind immer die Ohnmächtigen»,
«das konzept», Mai 1975

Waren Hänsel und Gretel von Moskau bezahlt? Gehört ihnen das Attribut Revolutionäre? Extremisten? Anarchisten? Oder vielleicht sogar Terroristen? Wie leicht und bequem die aufgebraute, empörte Masse gradliniger Bürger die deutsche Sprache verwendet, «Tabestände» und Kommentare zu rechtsschneidet und mit verschiedenen Ellen misst! Der Phantasie – so man sie propagandistisch in eigener Sache verwenden will – sind keine Grenzen gesetzt!

Die Reduktion auf den Nenner «Hänsel und Gretel» ist nur schneibare Lapidar: die bürgerliche Moral und Erziehung ruft zur Auflehnung gegen Unterdrückung und Gewalt auf. Hänsel und Gretel geniessen unser aller Wohlwollen und Mitleid, wenn die böse alte Hexe täglich auf neue in den Ofen stossen. In unseren Stuben kann aufgetmet werden... Ob es sich um Aktionen von Befreiungsbewegungen in Afrika oder um Anschläge der Palästinenser handelt – ob ich an die Aktivitäten der Baader-Meinhof-Bande oder an die Vorfälle jüngst in Kaiserlautern: in jedem dieser Fälle wird das Bild durch den Volksmund und die bürgerliche Presseinformation verwässert. Beängstigend die Bequemlichkeit und die Unindifferenziertheit bei der Beurteilung solcher Vorgänge. Keine Rede von völkerrechtlichen und politischen «Rückblenden» in die Vergangenheit. Keine Fragen nach Motivation, Herkunft und Entwicklung solcher Aktivisten. Da werden Vorgänge isoliert in eine vorgefasste Perspektive gepresst und aus sicherer Distanz den Gläubigen (dem labilen Leser) «zum Frasse vorgeworfen». Mit eigentlicher Information oder gar objektiver Aufklärung hat dies nichts gemein. Wichtig ist: die gängige Moral der «Gewaltlosigkeit» wird nach aussen hin gestützt, dabei von dem schleichenden Dasein eigener aggressiver Gewaltanwendung ablenkend. Pauschale Sammelbegriffe wie «Anarchisten», «Linker», «Extremist» und «Terrorist» werden hier unbeschwert geschossen, selbst wenn die wortwörtliche Bedeutung des Ausdrucks in sich schon eine Bezeichnung ad absurdum führt!

Wie schizophoren und inkonsequent die undifferenzierte öffentliche Meinung ist, erinnert mich an eine starke und geschlossene Verurteilung aller sogenannten Demokraten gegenüber der sowjetischen Invasion in Prag anno 1968. Schlicht unterscheidet sich die damalige Rolle der Tschechoslowaken in keiner Weise zum Beispiel von der Situation der schwarzen Ureinwohner in einem von weissen Eindringlingen bedrohten Afrika. Und doch...

Ich habe weder Hoffnungen noch Illusionen, dass sich der Wirrwarr von Wertbegriffen auflöst oder unsere schematische Denkart sich profilieren könnte... Ich nenne das: schleichende Zensur! – Und frage mich: Sind sich

Redaktoren der gutbürgerlichen Presseorgane ihrer Verantwortung wirklich bewusst? – Massenmedien jedwelter Art sind im heutigen Weltgeschehen als Wälsche anzusehen!

Es lebe die Alternativpresse! Markus Grass, Schneisingen

Seekrank

Ich bitte, die Zusendung des Blattes einzustellen. Hier die Ihrerseits erwünschte Begründung:

1. Ihrer Mitarbeiter Stellung der schweizerischen Armee (nach der jugoslawischen mir die sympathischste) gegenüber macht mich wütend.
2. Ihre (beinahe) Propaganda für gleichgeschlechtliche Liebe macht mich seekrank.

Josip Turic, dipl. Ing. ETH, Zagreb

echo

Auf die Propaganda der Reichen hereingefallen

«Die Gewehre der Frau Carrara» –
«das konzept», Nr. 3/75, März 1975

Mein lieber Walter M. Diggelmann, entweder gibst Du ab, oder ich bin auf meine Art kritischer geworden, denn was Du da jetzt so von Dir gibst – ich weiss nicht –, das finde ich zum Teil schon Mist. Um konkret zu werden, in «das konzept» vom März 1975:

Da gehen in deinem Text die Reichen und Superreichen als Leithammel in die Kirchen und spenden auch für die Kirchen, und die armen Schafe folgen ihnen. Das klingt schon ein wenig überholt, denn wenn ich am Sonntagmorgen nach Hause gehe und dabei die Kirch-

gänger zähle, dann sind das schon recht wenige «arme Schafe», und es will mir doch scheinen, dass die Reichen und Superreichen ihr Geld lieber dort anlegen, wo's auch Profit bringt, und in der Kirche liegt das nun einmal einfach nicht drin. Dann schon eher bei der pharma-chemischen Industrie, die da so schöne Beruhigungsmittel produziert und das Zeug durch die Betriebsärzte und auch die «freien Ärzte» den Leuten als was anderes als Opium verschreiben lässt, dem Namen nach.

Nachher behauptest Du, so wie die Baader-Meinhof-Gruppe zu den Gehehren zu greifen führe zu nichts. Nun gut, wie anders führt es zu was – wenn man wie zu den Gehehren greift?

Und dann schreibst Du noch wie das Bürgerpack auch, dass die Baader-Meinhof-Gruppe anarchisch ist respektive war. Meiner Meinung nach

In dieser Spalte veröffentlicht «das konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, die möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

sind die Leute aber ihrem Selbstverständnis nach zu schliessen Kommunisten. Aber das passt halt vielen nicht in ihr Weltbild, und alles Schlechte wird eben den Anarchisten in die Schuhe geschoben. Sie erfüllen die Funktion der «Prügelknaben revolutionärer Veränderungen» – Anarchismus = Chaos.

Man sollte lernen, besser mit den Wörtern umzugehen und als Linker nicht mit derselben Weise oder derselben Schuldigkeit die Vorurteile des Bürgertums, die ihm auch helfen, seine Macht zu festigen, weiterverbreiten. Interessant zum Schluss ist noch, wie Du daraus, dass die NZZ Leute entlässt, einfach schliesst, dass da wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen. Du fällst auf die Propaganda der Reichen und Superreichen rein. Denn genauso gut ist es möglich, dass man jetzt mehr aus dem Betrieb rausholen kann, die ganze Sache

mit weniger Leuten auch funktioniert. Was bedeutet, dass -zig Tausender pro Jahr eingespart werden für eben die Reichen und Superreichen.

A. Ruckstuhl, Schocherswil

«Reis mit!»

Wenn durchs Jahr allein, Ferien mach zu zweit. Ob London, Spanien, Griechenland, die Reisebörse bietet Dir allerhand. Wenn Du es wünschst, stellen wir Dir einen Partner(in) vor die Tür. Zögere nicht mehr lang, sonst kommst Du nicht mehr dran.

Frau Burgherr, Zetziwil

Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen und die originelle Idee.

H. Eggmann, St. Gallen

«das konzept» vor dem Kopf

Dürfte ich Sie bitten, mich in Zukunft von der Zusendung Ihrer Elaborate zu verschonen. Ich habe nämlich lieber mein Brett vor dem Kopf als das Ihre.

H. Sommer, Bern

Je vous félicite pour votre journal, lequel en tant que Suisse romande, me permet de garder le contact avec la langue allemande. Christian Kunz, Moutier

Ich bitte Sie, mich von Ihrer Adressenliste zu streichen, da ich an Ihrer Art der Meinungsbildung nicht interessiert bin. Sie verwenden das Papier besser für jemanden, der auf Ihre teils plumpen, teils sehr gekonnten tendenziösen Informationen eher hereinfällt.

Dr. P. H., Frauenfeld

Luft machen

Offenes «Brieflein» an Kurt Furgler
«das konzept», Mai 1975

«das konzept» enttäuscht, weil es keine kritische Alternativzeitung ist. Ihr Konzept, Herr Meienberg, besteht darin, mit einem primitiven Pseudojournalismus naive Leute aufzuwiegeln. Ich finde Ihre Fragen an K. Furgler richtig blöd und eines Studierten unwürdig. Falls es Sie

trotzdem interessiert, was ich zu Ihren Fragen denke, dann lesen Sie weiter:

Recht viele «man» Ihres Konzepts werden einmal 260 000 Franken im Jahr «verdienen», ob sie dann allerdings auch so viel zu versteuern wagen, bleibt dahingestellt. Ihre zweite Frage möchte ich gerne umkehren: Wie kann man gegen das Militär sein, wenn man doch fürs Töten von Ungeborenen ist? Weder reich noch arm müssen abtreiben, wenn sie vorher planen. An Solschenizyn scheint Sie zwei Dinge zu stören: erstens, dass er nicht in Ihr Konzept passt, und zweitens, dass er etwas zu sagen hat und dies auch intelligent begründet ohne Meienbergische Polemik. Ich bin froh, dass Kurt Furgler – um mit Ihren Worten zu sprechen – trotz Herzattacken Karriere machte, dass er Sekretärinnen sozusagen am Fliessband verbraucht etc. und Bundesrat wurde und nicht der Herr Meienberg, der sonst nicht nur seine Sekretärinnen und Leser mit nebensächlichen Fragen einzuschläfern und vom Wesentlichen abzulenken versuchen würde – getreu nach seinem Konzept...

Zum Schluss bleibt mir die Hoffnung, dass Sie, sehr geehrter Herr Meienberg, einem Nichtjournalisten die kleine Abwechslung gönnen, sich in «das konzept» mit diesem «Brief» Luft zu machen.

B. Lothenbach, Einsiedeln

Kein Platz für das Positive?

Wenn ich «das konzept» durchlese, so scheinen mir die meisten Artikel von furchtbar frustrierten Leuten geschrieben worden zu sein. Da wird gewettert, kritisiert und angeprangert.

Gibt es in Ihrer ganzen Zeitung von 8 Seiten keinen Platz für die positiven Seiten des Lebens?

Trotz aller Kritik müssen wir doch zugeben, dass wir in der Schweiz gar nicht so schlecht leben. Die Amerikaner haben ihre guten und schlechten Seiten: wieso auch immer alles und jedes kritisieren?

Richard Sieber, Schulpfleger, Zürich

Weil Sie als Student mehr Wissensdurst als Geld haben, offerieren wir Ihnen das WELTWOCHEN-Abonnement 30% günstiger.

Kompetent, kritisch, klar.

DIE WELTWOCHEN

DISSERTATIONEN	bei Expl.	DM pro Seite
druckt exzellent	70	3.30
von DIN A4-Vorlage	100	3.45
auf DIN A5-Format	150	3.65
BÖNECKE	200	3.80
	300	4.25
3392 Clausthal-Zellerfeld	Frachtverbilligung	Angebot anfordern
Fach 29 Ruf 05323/3525	Raster billigt!	

team

Junge Frauen auf Stellensuche:

«Wieso werden jetzt Männer wieder bevorzugt?»

team-Report:

Dein Arzt, das unbekannnte Wesen

Wann, wo, was:

Aktive Ferien in der Schweiz

Neue Serie über die Musikszene CH:

Die Band von nebenan

Collagen-Wettbewerb:

Jetzt kannst Du team eine kleben!

Und anderes mehr: team – jetzt für 2 Fr. am Kiosk!

DIE WELTWOCHEN richtet sich an aufgeschlossene, kritische Leser, die nicht nur wissen wollen, was sich in der Welt ereignet. Sondern die auch erfahren möchten, warum und mit welchen Konsequenzen es geschieht.

Kompetente Redaktoren und Mitarbeiter berichten sachlich und zusammenfassend über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen, über Forschung und wissenschaftliche Errungenschaften. Sie analysieren und kommentieren, vermitteln den Überblick, klären Hintergründe und decken Zusammenhänge auf.

Weil also DIE WELTWOCHEN auch für Sie geschrieben wird, bieten wir Ihnen das bequeme Abonnement wesentlich günstiger an. Denn wenn Sie es sich schon nicht leisten dürfen, nur oberflächlich informiert zu sein, dann sollten Sie es sich wenigstens problemlos leisten können, dem regelmässig abzuheilen.

Coupon

Senden Sie mir bitte ab sofort DIE WELTWOCHEN zum vorteilhaften Studentenabonnement mit 30% Rabatt zu Fr. 27.65 statt Fr. 39.50 (Ausland Fr. 39.90 statt Fr. 57.-). Dauer 1 Jahr.

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Fakultät/Sem. _____

Einsenden an: Weltwoche-Verlag, Postfach, 8021 Zürich

KLOTT WILD

